IMT Nuremberg Archives

H – 343

International Court of Justice

H0343 – 0002

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 7. MAI 1946
SITZUNG 10.00 bis 13.00 UHR.

Kreuzverhoer durch Mr. Dodd:

F: Herr Zeuge, Sie hatten eine Besprechung mit Herrn Dr. Sauter, gestern abend, nachdem das Gericht sich vertagt hatte, fuer ungefaehr 1 Stunde.

A: Ja.

F: Also wir sprachen gestern, als das Gericht sich vertagte, ueber die Gold-Depositen in der Reichsbank, und ich hatte Sie gefragt, wann Sie zuerst gefragt, wann Sie zuerst mit der SS Geschaefte machten und, wenn ich mich erinnere, sagten Sie, Sie machten keine Geschaefte mit der SS und dann sagten Sie ein bisschen spaeter, die SS hatte verschiedene Sachen hinterlegt, verschiedene Gueter, die Leuten in Konzentrationslagern gehoerten, und ich verstehe Ihre Aussagen inhaltlich so, wie ich es hier sage.

A: Nein, Ich habe gesagt, dass Herr Puhl mir eines Tages berichtet hat, dass von der SS ein Gold-Deposit angekommen ist, und er sagte weiterhin etwas ironisch, am besten ist, man sieht, wir stellen nicht fest, was das ist. Das koennte man ja auch nicht genau feststellen, was deponiert wurde; denn wenn etwas deponiert wurde, hatte ja die Reichsbank nicht das Recht, etwas zu pruefen und zu sagen, was in dem Depot vorhanden sit. Erst spaeter ist mir bei einem weiteran Vortrag von Herrn Puhl zum Bewusstsein gekommen, dass er dem Ausdruck "Deposit" falsch angewandt hatte, dass es sich hier nicht um ein Deposit handelte, sondern um eine Gold-Lieferung. Das ist ein grosser Unterschied. Ich habe aber angenommen, dass es sich um ein Gold-Deposit handelte, dass dieses Godl-Deposit aus kleinen Muenzen oder auslaendischem Geld oder aehnlichem bestand, das von den Insassen der Konzentrationslager abgeliefert wurde, wie ja jeder Mensch in Deutschland diese Dinge abgeben musste und das dann der Reichsbank uebergeben worden war. Ich entsinne mich auch jetzt auf etwas anderes, wonach ich in der Verhandlung gefragt wurde und was ich in der Verhandlung nicht bejahren konnte. In der Verhandlung wurde ich naemlich gefragt, ob ich die Zustimmung des Reichsfuehrers erwirkt haette, dass dieses Gold, das bei der Reichsbank abgeliefert war, fuer die Reichsbank verwertet werden konnte. Ich habe gesagt, ich koennte mich nicht daran erinnern. Jedoch, wenn Herr Puhl solche Erklaerungen unter Eid abgibt, muss ich mich damit einigen. Aber das ist ja selbstverstaendlich, dass, wenn Gold abgeliefert wird, das in die Reichsbank gehoert, die Reichsbank dieses Gold auch verwerten kann. Ich habe ueber die Angelegenheit mit

H0343 - 0003

Herrn Puhl persoenlich nicht mehr als zwei oder drei mal gesprochen. Woraus diese Ablieferung bestanden und was damit geschehen ist, das ist mir nicht bekannt. Dar ueber hat Herr Puhl mich auch nicht informiert.

F: Also jetzt werden wir mal sehen. Es war nicht die Gewohnheit der Reichsbank, Juwelen anzunehmen, Monokel, Brillen, Uhren und Zigaretten-Etuis, Perlen, Diamanten, Goldzaehne usw. Es war nicht Ihre Gewohnheit, solche Dinge als Deposit in Ihre Bank anzunehmen ?

A: Nein. Das ist meines Erachtens voellig ausgeschlossen, das die Bank das Recht hatte, das zu tun; denn diese Dinge sollten an die Stelle fuer Edelmetalle abgeliefert werden, aber nicht bei der Reichsbank, und mit Schmuck, Juwelen und Diamanten hatte die Reichsbank ueberhaupt nichts zu tun. Wir waren ja keine Verkaufsstelle fuer Diamanten, das durfte sie nicht machen, meines Erachtens.

F: Das ist ganz richtig.

A: Falls das geschehen ist, dann hat die Reichsbank etwas Illegales getan. Die Reichsbank hatte die Autoritaet dazu nicht gehabt.

F: Also ist Ihre Behauptung, falls dies getan wurde, dass Sie davon nichts gewu haben.

A: Nein,

F: Sie wussten es nicht.

A: Nein.

F: Sie waren oefters in den Stahlkammern der Reichsbank und haben dort auch Besuche durchgefuehrt ?

A : Ja, ich war dort, wo die Goldbarren lagen.

F: Wir kommen in einer Minute zu den Goldbarren. Ich will nur wissen, dass Sie auch wirklich in den Stahlkammern der Reichsbank gewesen sind und Sie sagten ja, dass Sie da waren?

A: Das war ueblich, wenn wir Besuche bekamen, insbesondere auch, wenn auslaendische Bousche kamen, ihnen die Zimmer, wo das Gold aufbewahrt wurde, zu zeigen, u es wurden dabei immer die Goldbarren gezeigt und der uebliche Scherz gemacht, ob man einen Goldbarren heben koennte oder nicht. Aber etwas anderes wie Goldbarren habe ich nie in meiner Stellung gesehen.

F: Wie schwer waren diese Goldbarren ?

A: Das waren die ueblichen Goldbarren im Verkehr zwischen Notenbanken. Die sind soviel ich weiss, verschiedenen Gewichts. Ich glaube, dass die Goldbarren ein Ge

H0343 - 0004

wicht von vielleicht 20 kg, schaetze ich, hatten, das kann man ja ausrechnen.

F: Die Antwort genuegt mir. Als Sie in den Stahlkammern waren, haben Sie niemals irgendwelche Sachen, die ich vorhin erwaehnt habe, gesehen, Juwelen, Zigaretten-Etuis, Uhren usw.

A: Niemals. Ich bin vielleicht im ganzen vier oder fuenf Mal in den Goldkammern gewesen, um den Besuchern dieses interessante Schauspiel zu bieten.

F: Nur vier oder fuenf Mal zwischen 1941 und 1945 ?

A: Ich nehme an, dass es nicht oefter war. Ich bin nur mit Besuchern hineingegangen, insbesondere mit auslaendischen Besuchern.

F: Und Sie sagen dem Gericht, dass Sie als Haupt der Reichsbank nie eine Inspektion, wenn man das so nennen darf, der Stahlkammern vornahmen und dass Sie sich nie die Deckung ansahen. Haben Sie eine Inspektion gemacht, bevor Sie Bescheinigungen abgaben von dem, was vorhanden war, das macht doch jeder verantwortliche Bankier regelmaessig, nicht wahr ? Was ist Ihre Antwort darauf ?

A: Nein, niemals. Die Geschaefte der Reichsbank fuehrte auch nicht der Praesident die Geschaefte der Reichsbank fuehrte das Direktorium. Ich habe mich um Einzelgeschaefte nie bemueht, insbesondere auch nicht um eine etwaige Verschickung von Goldbestaenden. Falls grosse Verschickungen von Goldbestaenden kamen, so wurde mir das vom Direktorium berichtet; denn das Direktorium fuehrte die Geschaefte und ich glaube, dass ueber die Einzelgeschaefte, die Handlungen, der verantwortliche Direktor, der Referent oder Dezernent des Direktoriums informiert worden ist.

F: Nun, haben Sie jemals Geschaefte gemacht mit Leihhaeusern ?

A: Mit was ?

F: Mit Leihhaeusern. Wissen Sie nicht, was ein "Pawnshop" ist ? Es muss doch ein deutsches Wort dafuer geben.

Jemand sagt: Pfandleihe.

F: Sie wissen doch, was dies ist, nicht wahr ?

A: Wo man etwas verpfaendet ?

F: Jawohl.

A: Nein, ich habe nie Geschaefte damit gemacht.

F: Gut, wir werden es spaeter noch mal besprechen. Jetzt, das Sie sich nicht erinnern koennen, dass Sie je solches Material, wie ich es beschrieben habe, hatten, frage ich, dass uns Gelegenheit gegeben wird, Ihnen einen Film zu zeigen, der aufgenommen wurde von einigen von den Materialien in Ihren Stahlkammern, als die alli-

H0343 - 0005

ierten Streitkraefte kamen.

(Zum Vorsitzenden) Ich moechte fragen, Herr Vorsitzender, dass der Angeklagte herkommen kann, wo er den Film besser sehen kann, sodass wir seine Erinnerung gut auf frischen koennen.

Vorsitzender: Ja, Sie koennen ihn da hinbringen.

(Der Angeklagte Funk wird nach dem Sitz geleitet bei seinem Anwalt, Dr. Sauter. Der Film wird gezeigt, danach geht der Angeklagte Funk wieder zum Zeugenstand zurueck).

Vorsitzender: Mister Dodd, zu einiger Zeit wollen Sie vielleicht den Beweis vorlegen, woher der Film genommen worden ist, wo er gemacht wurde und von wem er gemacht wurde und zu welcher Zeit er aufgenommen worden ist.

Mr. Dodd: Ja, das werde ich machen, eine eidesstattliche Erklaerung, von wem er gemacht wurde, wo er gemacht wurde und zu welcher Zeit er gemacht wurde. Und fuer die Information des Gerichtes in diesem Augenblick sei gesagt, dass der Film in Frankfurt gemacht wurde, als die Alliierten Streitkraefte Frankfurt einnahmen und diese Reichsbankstahlkammern beschlagnahmten.

F: Herr Zeuge, nachdem Sie diese Bilder der Sachen, die vor ungefaehr einem Jahr in Ihrer Reichsbank gefunden wurden, gesehen haben, erinnern Sie sich jetzt nicht, dass Sie irgend solche Sachen hatten ueber eine Zeitspanne von 3 oder 4 Jahren, drei Jahren, etwas mehr als drei Jahren ?

A: Ich habe etwas Derartiges nie gesehen. Ich habe auch den Eindruck, dass hier ein grosser Teil von den Dingen, die auf dem Film gezeigt worden sind, aus Depots stammten; denn die Menschen haben ja viel, zu Tausenden, solche Dinge verschlossen in die Reichsbank gebracht, wo sie ihre Schmuckstuecke, Werte usw., wie man hier gesehen hat, wahrscheinlich zum Teil versteckte Werte, die sie abliefern mussten, wie auslaendische Gelder, Devisen, Goldmuenzen usw., deponiert hatten. Wir hatten, soviel ich weiss, Tausende von verschlossenen Depots, in die die Reichsbank nicht hineinsehen konnte. Ich habe niemals, auch nicht ein einziges Mal, diese Sachen gesehen, die hier auf den Filmen gezeigt worden sind und habe auch keine Vorstellung darueber, woher diese Sachen stammen, wem sie gehoeren und zu was sie verwendet worden sind.

H0343 – 0006

F: Ich habe Sie gestern gefragt und frage Sie jetzt wieder. Haben Sie schon irgend einmal gehört, dass jemand seine Goldzahneinlage in eine Bank gebracht hat um sie sicherzustellen?

A: (Keine Antwort)

F: Sie haben den Film gesehen und Sie haben die goldenen Brücken gesehen und die Mundplatten und die anderen Zahnarbeite. Sicherlich hat die niemand jemals in eine Bank deponiert nicht wahr?

A: Was die Bilder mit den Zahnen anbelangt, so ist das hie natürlich ein besonderer fall. Woher diese Zähne kommen und wem sie gehören weiss ich nicht, darüber hat man mir nicht berichte und was mit den Zähnen gemacht worden ist, weiss ich auch nicht Nach meiner Überzeugung mussten derartige Dinge, wenn sie an di Reichsbank abgeliefert wurden, der Reichsstelle für Edelmetalle übergeben werden, denn die Reichsbank war ja keine Goldverarbei tungsstelle. Ich weiss auch nicht, ob die Reichsbank die technis hen Einrichtungen hatte, um solche Dinge zu verarbeiten. Da ist mir nicht bekannt.

F: Die Leute haben aber nicht nur ihre Goldzähne hinterlegt, sondern sogar auch ihre Brillenrahmen, wie Sie sagen auf dem Bild, nicht wahr?

A: Ja, das sage ich ja, diese Dinge sind natürlich keine regulären Depots. Das ist selbstverständlich.

F: Und Sie sehen auch verschiedene Sachen, die in dem Prozess der Schmelzung standen. Das war ungefähr das letzte Bil Das sah so aus, als ob diese Sachen zum Schmelzen gebracht werden sollen. Antworten Sie mir bitte, ja oder nein. Stimmt das nicht? Haben Sie das gesehen?

A: Das kann ich nicht genau sagen, ob das zum Verschmelzen gebracht werden sollte. Ich habe keine Ahnung von diesen technischen Dingen. Jedenfalls ist mir nicht bekannt, dass die Reichsbank selbst Verschmelzungsprozesse vorgenommen hat, als eine technische Verarbeitung von Goldgegenständen.

F: Nun, wollen wir sehen, was Ihr Gehilfe, Herr Fuhl über diese Sache sagt, der Mann, von dem Sie uns gestern sagten, da

H0343 – 0007

er ein glaubenswürdiger Mann sei und den Sie als Zeugen für sich nehmen wollten. Ich habe eine eidesstattliche Erklärung, die am 3. Mai 1946 abgegeben wurde in Baden-Baden, Deutschland.

"Ich, Emil P u h l , erkläre hiermit unter Eid:

1. Ich heisse Emil Puhl. Ich wurde am 28. August 1889 zu Berlin, Deutschland geboren und wurde im Jahre 1935 zum Mitglied des Direktoriums der Reichsbank und im Jahre 1939 zum Vizepräsidenten der Reichsbank ernannt. Diese Positionen hatte ich laufend bis zu Deutschlands Kapitulation inne.
2. Im Sommer des Jahres 1942 hatte der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Walter Funk eine Unterredung mit mir und später mit Herrn Friedrich W i l h e l m , einem Mitglied des Reichsbankdirektoriums. Funk sagte mir, dass er eine Vereinbarung mit dem Reichsführer Himmler getroffen habe, Gold und Schmuck für die SS in Verwahrung zu nehmen. Funk gab die Anweisung, dass ich die notwendigen Vereinbarungen mit Pohl treffen solle, der der Leiter der Wirtschaftsabteilung der SS war und dem die Verwaltung der ölonschen Seite der Konzentrationslager unterstand.
3. Ich fragte Funk nach der Herkunft des Goldes, des Schmuckes, des Geldes und der anderen Gegenstände, die von der SS eingeliefert werden sollten. Funk erwiderte, dass es sich um beschlagnahmten Besitz aus den besetzten Ostgebieten handle und dass ich keine weiteren Fragen stellen soll. Ich protestierte dagegen, dass die Reichsbank diese Werte übernehme. Funk sagte, wir sollten die notwendigen Vereinbarungen für die Übernahme der Werte treffen und die Sache absolut geheim halten.
4. Daraufhin traf ich die nötigen Vereinbarungen für die Entgegennahme der Werte mit zuständigen Beamten, die die Kasse und die Safes unter sich hatten, und bei der nächsten Konferenz berichtete ich dem Direktorium der Reichsbank über die getroffenen Massnahmen. Am selben Tage rief mich Pohl von der Wirtschaftsabteilung der SS telefonisch an und frag-

H0343-0008

te mich, ob ich über die Angelegenheit unterrichtet sei. Ich weigerte mich, die Angelegenheit per Telefon zu besprechen. Daraufhin kam er zu mir und sagte, dass die SS einigen Schmu bereit hätte, dem sie der Reichsbank zur Aufbewahrung überführen wolle. Ich traf mit ihm die notwendigen Vereinbarunge für die Überlieferung, und von diesem Zeitpunkt an wurden vo Zeit zu Zeit Lieferungen gemacht, von August 1942 durch die folgenden Jahre.

5. Unter den Gegenständen, die von der SS deponiert wurden, befanden sich Schmuck, Uhren, Brillenrahmen, Goldfüllungen und andere Gegenstände in grosser Menge, die von der SS, Juden, Konzentrationslager-Opfern und anderen Personen abgenommen worden waren. Dies gelangte dadurch zu unserer Kenntnis, das die SS Leute versuchten, dieses Material in Bargeld umzusetz und hierzu mit Funk's Billigung und Wissen die Hilfe des Reichsbankpersonals in Anspruch nahmen. Ausser Gold, Schmuck und anderen derartigen Gegenständen lieferte die SS auch Papiergeld, Devisen und Wertpapiere in die Reichsbank ein, die in der für solche Gegenstände üblichen legalen Weise gehandhabt wurden. Was den Schmuck und das Gold anlangte, sagte mir Funk, dass Himmler und der Reichsfinanzminister von Krosigk eine Vereinbarung getroffen hätten, nach der Gold und ähnliche Gegenstände auf Staatskonto deponiert waren und Beträge, die durch Verkauf dieser Gegenstände erzielt wurden, der Staatskasse gutgeschrieben wurden.

6. In der Ausübung meiner Pflichten besuchte ich von Zeit zu Zeit die Safes der Reichsbank und sah, was dort aufbewahrt wurde. Auch Funk besuchte die Safes von Zeit zu Zeit.

7. Unter Funk's Anweisung errichtete die Golddiskonto-Bank auch einen laufenden Fond, der Schliesslich 10 bis 12 Millionen betrug, und der der Wirtschaftsabteilung der SS zur Verfügun stand für die Finanzierung der Herstellung von Materialien in SS-geleiteten Fabriken durch Arbeitskräfte aus Konzentrationslagern.

Ich bin mit der englischen Sprache vertraut und erkläre, dass die oben gemachten Angaben nach meinem besten Wissen und Gewissen wahr sind.

Unterschrift: Emil P U H L "

Ich möchte diese eidesstattliche Versicherung als USA-Beweisstück-Nr. 846 unterbreiten, und den Film als U.S.A-Exhibit Nr. 845.

F: Jetzt, Herr Zeuge, nachdem Sie diese eidesstattliche Erklärung gehört haben, von Ihrem Mitarbeiter und Kollegen des Reichsbankdirektoriums, von dem Mann, von dem Sie gestern zugaben, dass er ein glaubwürdiger Mann ist, was sagen Sie nun diesem Gericht von Ihrer Kenntnis, was zwischen der SS und Ihre Bank vorging?

A: Ich erkläre dieses Affidavit von Herrn Puhl für unwahr. Ich habe über die ganze Angelegenheit dieses Golddepots, wie hier immer gesagt wurde, mit Herrn Puhl höchstens drei Mal, ich glaube aber nur zwei Mal, gesprochen. Von Edelsteinen und Schmuck habe ich mit Herrn Puhl nie ein Wort gesprochen. Es ist hier gerade zu für mich der unfassbare Fall eingetreten, da ein Mann der sicherlich hier gewisse Funktionen auch in seinen Absprachen die die SS mit Herrn Puhl ausgeübt hat, die Schuld auf mich schieben will. Diese Verantwortung übernehme ich keinesfalls und ich bitte, dass Herr Puhl hier erscheint und in meiner Gegenwart in allen Einzelheiten erklärt, wann und wo und wie er diese einzelnen Dinge mit mir besprochen hat und inwieweit er v mir aus Anweisungen bekommen hat.

Ich erkläre noch einmal, dass ich über Schmuck und über Abgaben aus den Konzentrationslagern, von diesen Dingen, mit Herrn Puhl niemals gesprochen habe. Ich kann nur das sagen, was ich zur Einleitung gesagt habe, dass Herr Puhl eines Tages mich davon unterrichtete, dass ein Gold-Depot der SS da wäre, und dass später -das ist richtig- ich auf seine Veranlassung hin, -ich erinnere mich jetzt daran, es war mir entfallen, weil ich der Sache keine so grosse Bedeutung beimass- mit dem Reichs

H0343 – 0009

führer darüber sprach, ob das verwandt werden könnte für die Reichsbank. Das hat der Reichsführer bejaht. Aber auch mit dem Reichsführer habe ich kein Wort über Schmuck und über Edelstein und über Uhren und derartige Dinge gesprochen, sondern ich habe immer nur von Gold gesprochen. Und was Herr Puhl sagt über eine Finanzierung, dazu ist mir folgendes bekannt: Das liegt aber schon, glaube ich, Jahre zurück, dass Herr Puhl eines Tages zu mir kam und mir sagte, das er für gewisse Fabriken der SS einen Kredit geben wollte und dass darüber allerdings verhandelt werde Darauf habe ich ihm gesagt: "Ist der Kredit sicher oder verzins er hat gesagt!"Jawohl, der Kredit war bisher ein Bankkredit von der Dresdner Bank und soll abgelöst werden."
Ich habe gesagt: "schön, machen Sie das", und weiter habe ich auch von dieser Angelegenheit nichts mehr gehört. Es ist mir bisher völlig neu, wie hoch dieser Kredit ist, dass er bei der Gold-Diskont-Bank geführt ist. Es ist mir aber nicht erinnerlich jedoch es ist durchaus möglich. Aber weiter habe ich über diesen Kredit mit Herrn Puhl nicht mehr gesprochen, den Herr Puhl gewissen Fabriken gegeben hatte -es ist immer nur von Fabriken gesprochen worden und dies ist ein Bankkredit gewesen, welcher von einer Privatbank gegeben wurde. Ich erinnere mich, ich habe ihn einmal gefragt, "ist eigentlich dieser Kredit schon zurückgezahlt", er sagte, "nein, bis jetzt nicht".
Das ist alles, was ich von diesen Dingen weiss.

H0343 – 0010

H0343 - 0011

F. Was wuerden nun Sie sagen, wenn ich Ihnen sage, dass Puhl sagte, dass die Bank waehrend dieser Jahre Zahlungen erhalten hatte und dass ungefaehr 77 Ladungen von Materialien, wie Sie hier gesehen habe, eingetroffen sind ? Sagen Sie auch, dass das nicht wahr ist ? Oder stimmen Sie mir zu ?

A. Das kann durchaus wahr sein, aber man hat mich ueber diese Dinge nicht informiert, ich weiss nichts davon.

F. Sie wissen also nicht darueber ? Ist es moeglich, dass Sie als Reichsbankpraesident ueber 77 solcher Ladungen nicht wissen und ueber eine Transaktion, fuer welche Sie bezahlt wurden ? Glauben Sie, dass das eine glaubwuerdige Geschichte ist ?

A. Wenn das Direktorium mir ueber solche Dinge nichts berichtet hat, kann ich nichts davon wissen, und ich erklaere hier absolut nochmals eindeutig, man hat mich ueber diese Einzahlungen nicht informiert. Es ist mir nur erklaert worden einmal ueber ein Gold-Depot durch die SS, das uns ueberbracht wurde, und zweitens ueber dieses Kreditgeschaeft. Das ist alles, was ich davon weiss.

F. Jetzt moechte ich noch etwass sagen; das Ihrer Aussage foerderlich waere. Tatsache ist, Ihre Bank hat ab- und zu Denkschriften an Leute ueber diese Sachen geschickt. Sie haben Denkschriften und Memoranda vorbereitet ueber das, was Sie vorbereitet hatten und fuer wen diese bestimmt waren. Waren Sie mit solchen Denkschriften vertraut ?

A. Nein.

F. Gut. Dann sehen Sie sich besser Dokument 3949-PS, USA-Exhibit 847 an. Vielleicht wird es Ihr Erinnerungsvermoegen etwas auffridchen. Es ist PS 3948. Also dieses Dokument ist eine Denkschrift, die scheinbar an die staedtischen Versetzungsstellen in Berlin gerichtet ist, datiert vom 15. September 1942. Ich will nicht alles lesen, obwohl es ein sehr interessantes Schriftstueck ist, aber, sie Sie sehen koennen, sagt das Memorandum folgendes:

"Wir uebergeben Ihnen folgende Wertsachen mit der Bitte um beste Verwertung derselben: 274 Ringe aus Platin und Silber, 154 goldene Uhren, 1600 Ohrringe, 17 Broschen mit Brillanten besetzt - ich

154 goldene Uhren, 1600 Ohrringe, 17 Broschen mit Edelsteinen besetzt - ich gehe nur fluechtig durch,ich lese nicht alles - " 324 silberne Armbanduhren, 12 silberne Leuchter, Loeffel, Gabeln, Messer und dann weiter nach unten, 160 verschiedene Fuellungen, teilweise aus Gold, 187 Perlen, 4 Steine, sollten Diamanten sein und es ist unterschrieben :"Deutsche Reichsbank-Hauptkasse". Die Unterschrift ist unleserlich. Vielleicht werden Sie mal das Original ansehen, vielleicht koennen Sie uns dann sagen, wer es unterschrieben hat.

A. Nein, ich weiss nicht, wer es unterschrieben hat.

F. Haben Sie das Original ?

A. Ich weiss nicht.

F. Sehen Sie sich die Unterschrift an und sagen Sie, ob Sie die Unterschrift eines Ihres Mitarbeiters darin erkennen ?

A. Das hat ein Mann von der Kasse unterschrieben, ich kenne die Unterschrift nicht.

F. Irgend jemand von Ihrer Bank ? Stimmt das nicht ?

A. Von der Kasse, ich kenne die Unterschrift nicht.

F. Wollen Sie uns glauben machen, dass die Angestellten Ihrer Bank diese Listen fuer das Staedtische Versetzungsamt gesandt haben, ohne Ihr Mitwissen, oder ohne dass es zu Ihrer Kenntnis gelangt waere ?

A. Ich weiss von diesen Vorgaengen nichts, sie sind auch nur dadurch zu erklaeren, dass anscheinend Sachen der Reichsbank ausgeliefert wurden, die nicht zu ihrem Bereich gehoerten.

F. Nun, ich moechte auch, dass Sie sich 3949-PS ansehen, dies ist 4 Tage spaeter datiert am 19. September 1942, USA-Exhibit 848. Sie werden sehen, dass das ein Memorandum ist ueber die Verwertung von Noten, Gold, Silber und Schmuckstuecken zu Gunsten [illegible] des Herrn Reichsministers der Finanzen, auch ist daraus ersichtlich eine Teilabrechnung ueber die "Edelmetall" uebergebenen Werte. Es ist noetig, das ganz zu verlesen. Sie koennen es sich ansehen und lesen. Aber die zwei letzten Abschnitte, nachdem Sie sehen, was die zwei letzten Ladungen, die am 26. August 1942 eingetroffen sind, enthalten, sagen:

H0343-0012

"Bevor wir den bisherigen Gesamterloes der Reichshauptkasse fuer Rechnung des Herrn Reichsministers der Finanzen ueberweisen, bitten wir uns mitzuteilen, unter welcher Kennzeichnung dieser Betrag und die spaeteren Erloese zur Verfuegung gestellt werden sollen. Es duerfte sich ferner empfehlen, der zustaendigen Stelle im Reichsfinanzministerium rechtzeitig einen Hinweis auf die von der Deutschen Reichsbank zu erwartenden Ueberweisungen zu geben."Dies ist ebenfalls signiert!"Deutsche Reichsbank, Hauptkasse und ist gestempelt" bezahlt durch Scheck, Berlin, den 27. Oktober 1942, Hauptkasse."

A. Fuer dieses Dokument, also fuer diese Nachricht an den Reichsfinanzminister, glaube ich, eine Aufklaerung geben zu koennen, und zwar auf Grund der Aussage, die hier von gewissen Zeugen aus den KZ gemacht worden sind. Es haben hier die Zeugen Ohlendorf, soviel ich weiss, und auch noch ein anderer Zeuge ausgesagt, dass die Wertgegenstaende, die den Haeftlingen in den KZ abgenommen wurden, dem Reichsfinanzminister abgeliefert werden mussten. Nun nehme ich an, ist der technische Vorgang so gewesen: dass diese Dinge von den Leuten irrtuemlicherweise an die Reichsbank gebracht worden sind, die Reichsbank konnte aber, wie ich immer wieder betone, mit Schmucksachen Juwelen usw. und was hier alles festgestellt ist, nichts anfangen und hat diese Dinge nun dem Reichsfinanzminister abgeliefert, oder fuer Rechnung des Reichsfinanzministers verwandt. Das geht aus diesem Schreiben hervor. Es ist also hier seitens der Reichsbank eine Abrechnung der Reichsbank fuer den Reichsfinanzminister vorgenommen worden, das glaube ich, aus diesem Schriftstueck entnehmen zu koennen.

F. Sie haben aber von Ohlendorf gehoert, dass diesen ungluecklichen Leuten, die in diesen Lagern ausgerottet wurden, ihre Besitzungen dem Reichsfinanzminister uebergeben haben. Ich glaube, der Zeuge hat demgemaess ausgesagt. Nun, Sie haben ja auch--

A. Ich habe das gehoert; diese Dinge waren mir neu. Ich habe auch nicht gewusst ---

F. Sie haben uns das bereits zweimal gesagt.

H0343 - 0013

A. -- dass die Reichsbank in diesem Umfange sich mit diesen Dingen beschaeftigt hatte.

F. Sagen Sie, dass Sie nicht wussten, dass die Reichsbank sich mit solchen Einzelheiten befasste, oder wussten Sie nicht, dass sie sich ueberhaupt mit diesen Sachen befasste ? Ich halte das fuer sehr wichtig. Nun, was ist
Ihre Antwort, dass Sie nicht wussten, dass Sie sich mit diesen Sachen befasste, oder dass Sie ueberhaupt nichts davon wussten ?

A. Ich habe mich ueberhaupt nicht damit befasst.

F. Wussten Sie darueber ?

A. Nein.

F. Sie haben niemals darueber etwas gehoert ?

A. Ich wusste ueberhaupt nicht, und dass aus den KZ Schmucksachen, Uhren, Zigarettendosen und aehnliche Dinge bei der Reichsbank abgeliefert worden sind, das ist mir neu.

F. Wussten Sie, dass von Konzentrationslagern an die Reichsbank irgend etwas eingeliefert worden ist ?

A. Jawohl, das Gold, selbstverstaendlich, das habe ich hier ja schon gesagt.

F. Goldzaehne ?

A. Ich habe das bereits gesagt, nein.

F. Welches Gold von den Konzentrationslagern ?

A. Das ist das Gold, von dem mir Puhl berichtet hat, und da nahm ich an, dass das Goldmuenzen und alles Gold war, das der Reichsbank sowieso laut Gesetz abgeliefert werden musste, das die Reichsbank ja weiter verwerten konnte; von anderen Dingen weiss ich nichts.

F. Was hat Himmler Ihnen gesagt, und was haben Sie zu Himmler gesagt, als Sie diese Unterredung mit ihm hatten ueber dieses Gold von den Opfern der Konzentrationslager ? Ich glaube, dass sich das Tribunal fuer diese Unterhaltung interessieren wuerde, was sagten Sie, was sagte er, wo wurde die Unterhaltung gepflogen ?

A. Wo die Unterhaltung gepfolgen wurde, weiss ich nicht mehr.

H0343 – 0014

H0343 - 0015

Ich habe ja Himmler sehr selten, vielleicht im Jahre 1 oder 2 mal gesehen. Ich nehme an, es war bei einem Besuch bei Lammers in dessen Feldquartier, wo auch das Feldquartier von Himmler war, da wird es gewesen sein, und dass ich bei dieser Gelegenheit nur ganz kurz darueber sprach.

F. Wollen Sie uns sagen, wann das war ?

A. Na, das kann gewesen sein im Jahre 1943, es kann auch 1944 gewesen sein, ich weiss es nicht ; ich habe diesen Sachen keine Bedeutung beigemessen. Und dann habe ich ihn zwischendurch einmal gefragt, "es besteht doch ein Golddepot von Ihnen, das heisst, von der SS bei der Reichsbank". Die Herren vom Aufsichtsrat haben mich gefragt, ob die Reichsbank dieses denn verwerten koenne; er bejahte dies. Von Juwelen und aehnlichen Dingen habe ich nichts erwaehnt. Das ganze Gespraech bezog sich nur ganz kurz auf diesen Gegenstand.

F. Wollen Sie uns sagen, dass ein Abkommen mit der Bank getroffen worden ist, unabhaengig von Himmler und Ihnen, sondern von jemandem von der SS, und waren Sie nicht selbst diejenige Person, die diese Sachen arrangiert hat ?

A. Jawohl, das war ich nicht.

F. Wer von Ihrer Bank hat dieses Abkommen herbeigefuehrt ?

A. Moeglicherweise war es Herr Puhl, oder irgend ein anderer Herr des Reichsbankdirektoriums, mit einem Herren der Wirtschaft-Abteilung der SS- soweit es mich angeht - wurde ich benachrichtigt darueber, ganz kurz.

F. Kennen Sie Herrn Pohl - P o h l - von der SS ?

A. Ich nehme an, dass er es gewesen ist, bei mir hat Herr Pohl nichts darueber gesprochen.

F. Sie kennen diesen Mann nicht ?

A. Ich habe ihn schon gesehen; aber Herr Pohl sprach mit mir niemals ueber diese Dinge.

F. Wo sahen Sie ihn, in der Bank ?

A. Jawohl, ich habe ihn einmal in der Bank gesehen, als er mit Herrn Puhl oder mit anderen Herren des Direktoriums zu Mittag ass. Ich ging durch den Raum und ich sah ihn dort sitzen.

H0343 - 0016

Ich persoenlich habe mit Herrn Pohl niemals ueber diese Dinge gesprochen. Es ist mir voellig neu, dass solche Dinge gemacht worden sind.

F. Sie erinnern sich der Aussage, die der Zeuge Hoess hier in diesem Raum gab, gar nicht lange her ?

A. Ja.

F. Er sagte, dass er 2 1/2 bis 3 Millionen Juden und andere in Auschwitz ausgerottet hatte. Bevor ich Ihnen die letzte Frage vorlege, moechte ich Ihnen diese Aussage vor Augen fuehren. Sie erinnern sich doch, dass Himmler noch ihm im Juni 1941 gesandt hatte und dass Himmler ihm die Endloesung der Judenfrage mitgeteilt hatte, und dass er diese Ausrottung vornehmen solle. Erinnern Sie sich, dass er zurueckkam und die Einrichtungen in Polen besichtigte und ausfindig machte, dass sie nicht gorss genug waeren und dass Gaskammern konstruiert werden sollten, die 2ooo Leute auf einmal toeten koennten. Sein Vernichtungsprogramm konnte deshalb nicht eher vor sich gehen, als bis spaet im Jahre 1942 diese Sendungen bei der SS einzulaufen begannen ?

A. Ich weiss nicht, wann das gewesen ist, ich bin damit nicht beschaeftigt gewesen, es ist mir voellig neu, dass die Reichsbank sich mit diesen Dingen beschaeftigt hat.

F. Ich nehme an, dass Sie es vollstaendig ableugnen wollen, dass Sie jemals etwas gewusst haben ueber diese Transaktionen der SS oder verwandten Organisationen, bezueglich der Opfer der Konzentrationslager, nachdem Sie dieses Archiv und Puhls Affidavit durchgesehen haben, leugnen also alles ab ?

A. Nur soweit als ich es hier ausgesagt habe.

F. Dass also ein Gold-Depot nur einmal gemacht worden sei, aber sonst nicht mehr, das ist Ihre Aussage ? Lassen Sie mich noch etwas fragen, Herr Funk.--

A. Jawohl, dass fortlaufend solche Dinge vorgekommen sind, ist mir unbekannt.

H0343 - 0017

F: Sie brachen ein oder zweimal in Traenen aus, als Sie verhoert wurden. Sie erinnern sich, Sie sagten damals, Sie waeren schuldig, und Sie haben sich darueber gestern ausgesprochen. Ich versuche nur eine Basis fuer eine andere Frage herzustellen, jedenfalls Sie erinnern sich doch, dass dies stattgefunden hat?

A: Ja.

F: Also Sie sagten: "ich bin ein schuldiger Mann". Auch sagten Sie gestern, Sie waeren unpaesslich durch die Gesamtlage. Ich stelle Ihnen anheim, ist es nicht Tatsache, dass diese Angelegenheit, die wir besprachen, seit gestern, staendig in Ihrem Sinne lag, und dass darueber wirklich Ihr Gewissen Sie geplagt hat, seitdem Sie sich in Haft befinden, und wirdies nicht endlich Zeit, dass Sie dem Gericht die ganze Sache erzaehlen ?

A: Ich kann dem Gericht nicht mehr sagen, als ich hier gesagt habe, das ist die Wahrheit. Was Herr Puhl im Affidavit schrieb, das soll Herr Puhl vor Gott selbst verantworten. Ich bin voll verantwortlich fuer das, was ich hier als Zeuge aussage. Es ist klar, dass Herr Puhl versucht, die Schuld auf mich zu schieben und sich selbst als unschuldig hinzustellen, wenn er solche Dinge jahrelang mit der SS wirklich gemacht hat, dann ist es seine Schuld und seine Verantwortung. Ich habe mit ihm nur 2 oder 3 mal ueberhaupt ueber diese ganzen Dinge gesprochen, ueber die Dinge, die ich hier erwaehnt habe.

F: Sie wollen Puhl beschuldigen, stimmt das ?

A: Er will mich beschuldigen, aber ich weise das entschieden zurueck.

F: Die Schwierigkeit ist, dass Blut an diesem Gold klebt, nicht wahr ? Und Sie wussten das seit 1942 ?

A: Da komme ich nicht mit.

F: Ich moechte an Sie noch eine oder zwei Fragen ueber 2 kurze Schriftstuecke stellen. Es wird nicht viel Zeit nehmen. Sie sagten dem Gericht gestern, dass Sie nichts mit irgendwelchen Pluenderungen in den besetzten Gebieten zu tun hatten.
Sie wissen, was die "Roges-Korperation", die Roges-Handelsgesellschaft war ?

A: Ja. Was sie im einzelnen gemacht hat, weiss ich nicht, ich weiss nur, dass sie eine Gesellschaft war, die im amtlichen Auftrage Aufkaeufe durchfuehrte fuer mehrere Reichsstellen.

F: Diese Roges-Handelsgesellschaft hat auf dem Schwarzen Markt in Frankreich eingekauft mit Geldern, die als Akkupationskosten angesogen waren, stimmt

H0343 – 0018

das ?

A: Ich war gegen solche Kaeufe, die auf dem Schwarzen Markt getaetigt wurden.

F: Ich frage Sienicht, ob Sie fuer oder dagegen waren, ich frage Sie nur, ob das Tatsache ist ?

A: Das weiss ich nicht.

F: Gut, dann sehen Sie sich bitte Dokument 2263 PS an, welches von einem Ihrer Mitarbeiter, Herrn Dr. Landfried geschrieben worden ist, dem Sie einen Fragebogen vorgelegt und den Sie auch als Zeugen hierher bestellt haben. Es ist ein Brief vom 6. Juni 1942 an den Chef des CKW, Verwaltungsamt.
"Aus meinem Schreiben vom 25.Spril 1942 " usw. -- " sind mir vom CKW 100 Millionen Reichsmark aus dem Besatzungskosten-Konto bereitgestellt worden. Ueber diesen Betrag ist bis auf 10 Millionen Reichsmark schon verfuegt worden, da die Anforderungen der Roges-Rohstoffhandels-Gesellschaft m.b.H., Berlin, fuer Ankaeufe von Waren auf dem Schwarzen Markt in Frankreich sehr gross waren. Um keine Stockung in den Aufkaeufen, die im kriegsnotwendigen Interesse vorgenommen werden, stattfinden zu lassen, muessen weitere Betraege aus dem Besatzungskosten-Fonds zur Verfuegung gestellt werden. Nach Mitteilung von ROGES und der Wirtschaftsabteilung des Militaerbefehlshabers in Frankreich werden alle 10 Tage mindestens 30 Millionen Reichsmark in franzoesischen Franken fuer derartige Ankaeufe benoetigt. Da nach Mitteilung der ROGES mit einer Steigerung der Ankaeufe zu rechnen ist, wird die Bereitstellung der restlichen 100 Millionen Reichsmark entsprechend meinem Schreiben vom 25.April 1942 nicht genuegen, sondern darueber hinaus ein weiterer Betrag von 100 Millionen Reichsmark notwendig sein".
Durch diesen Brief, der von Ihrem Mitarbeiter Dr. Landfried geschrieben worden ist, wird klar, dass die ROGES-Handels-Gesellschaft m.b.H. von Ihrem Ministerium aufgestellt worden war, sich mit Schwarz-Markt-Operationen in Frankreich befasst hat und zwar mit Geldern, die von den Franzosen infolge der sehr hohen Besatzungskosten erpresst wurden; stimmt das ?

A: Dass die ROGES solche Ankaeufe gemacht hat, ist sicher. Diese Dinge sind hier ja auchschon einmal behandelt worden im Zusammenhang mit den Auftraegen, den Anweisungen, die der Vierjahresplan fuer diese Aufkaeufe auf den Schwarzen Maerkten gegeben hat. Es handelt sich hier aber um staatlich genehmigte und organisierte Transaktionen, wogegen wir staendig kaempften, war der

H0343 – 0019

unbegrenzte Aufkauf auf dem Schwarzen Markt. Ich habe gestern schon erwaehnt, dass es mir dann gelungen ist, vom Reichsmarschall eine Anweisung zu erhalten, dass alle Aufkaeufe auf dem Schwarzen Markt eingestellt wurden, weil durch diese Aufkaeufe die Waren naturgemaess von den legalen Maerkten abgezogen wurden.

F: Das war 1943, da war in Frankreich ueberhaupt nicht mehr viel uebrig, weder auf dem Schwarzen, noch auf dem Weissen Markt, oder ueberhaupt auf einem anderen Markt. Stimmt das ? Das Land war doch schon 1943 verarmt durch die Besatzung, wie der Brief beweist ?

A: 1943 ist noch sehr viel, glaube ich, aus Frankreich gekommen. Es ist ja fortlaufend in Frankreich noch sehr viel produziert worden und, zwar in erheblichen Mengen produziert worden. Das geht ja aus den franzoesischen Statistiken hervor, dass noch 1943 sehr erhebliche Mengen von der Gesamt-Produktion nach Deutschland abgezweigt worden sind.

F: Gut, gut. Auf jeden Fall moechte ich Sie auch ersuchen, dass wir etwas ueber Russland sprechen. Sie sagten, dass Sie mit diesen Sachen nicht viel zu tun hatten. Schlotterer war ja Ihr Mann, der mit Rosenberg arbeitete; stimmt das ?

A: Ich habe von Anfang an fuer Rosenberg den Ministerialdirektor Dr. Schlotterer abgestellt, damit nicht zwei Wirtschaftsabteilungen, oder Wirtschaftsbehoerden in Russland arbeiteten, sondern nur eine, naemlich die fuer den zustaendigen Ostminister.

F: Das ist alles, was ich wissen wollte, also, Sie haben einen Mann abgestellt und beauftragt. Sie wissen, dass er teilnahm an dem Programm, Russland von allerhand Material und Guetern zu berauben und das wurde eine ganze lange Zeit fortgesetzt. Sie wussten davon ?

A: Nein, das stimmt nicht, das hat dieser Mann gemacht, sondern diese Transaktionen wurden von der Wirtschaftsstelle Ost- ich glaube, das war der Name des Vierjahresplanes - durchgefuehrt, sie wurden, soviel ich weiss, nicht von Rosenberg durchgefuehrt; aber vom Wirtschafts..inisterium ganz bestimmt nicht.

F: Es ist eine andere Geschichte bei verschiedenen Gelegenheiten. Ich halte es fuer das Beste, Ihr Verhoer vorzulesen.

Am 19. Oktober 1945 wurden Sie hier in Nuernberg befragt und zwar wie folgt:

Frage: --- "und ein Teil des Planes bestand darin, Maschinen, Material und Gueter aus Russland herauszubringen, um sie nach Deutschland zu schicken". Sie haben geantwortet: "Ja sicherlich, aber ich habe nicht daran teilgenommen, aber

H0343 - 0020

jedenfalls wurde es so gemacht ".

Die naechste Frage: "Also, Sie haben selbst teilgenommen an den Besprechungen bezueglich dieser Plaene, und ebenfalls Ihr Vertreter Dr. Schlotterer ?

Antwort: Ich selbst habe nicht teilgenommen.

Frage: Aber Sie haben Ihre Vollmachten dafuer an Dr. Schlotterer gegeben ?

Antwort: Ja, Schlotterer hat mich vertreten in allen Wirtschaftsfragen im Ministerium Rosenberg's ".

A: Diese Aussage ist voellig konfus, denn Schlotterer ist ja in das Ministerium Rosenberg uebergetreten, ist ja im Ministerium Rosenberg's der Leiter der Stelle dort geworden. Im uebrigen stimmt diese Aussage nicht in diesem Umfange insofern, als wir bestimmt sehr viel mehr Maschinen nach Russland hineingegeben, als aus Russland herausgenommen haben; denn, als unsere Gruppen nach Russland kamen, war ja dort alles zerstoert, und um die Wirtschaft dort wieder in Ordnung zu bringen, mussten Maschinen und andere Investitionsgueter dorthin gesandt werden.

F: Sie wollen sagen, dass Sie damals diese Antworten nicht gegeben hatten, als Sie befragt wurden ?

A: Nein, diese Antworten stimmen nicht.

F: Sie wissen, es ist sehr interessant, dass Sie uns gestern gesagt haben, dass die Aussagen auf die Fragen des Major Ganz unrichtig waren, dann habe ich gestern noch ein Verhoer Ihnen vorgelegt, von dem Sie behaupten, es waere nicht richtig; und jetzt hat sie ein dritter Mann befragt, und Sie sagen, dass das auch unrichtig ist ?

A: Das ist unrichtig, was <u>ich</u> gesagt habe.

F: Aber natuerlich, das ist ja das, was ich aufklaeren will.

A: Das ist falsch.

MR.DODD: Ich lege dieses Verhoer als Beweismittel vor. Ich moechte es gerne spaeter vorlegen, wenn es das Gericht gestattet, da es noch nicht in der Form ist, in welcher es vorgelegt werden soll.

VORSITZENDER: Sie werden uns mitteilen, unter welche Nummer usw.

MR.DODD: Jawohl, das will ich tun. Ich habe sonst keine Fragen.

VORSITZENDER: Wuenscht ein anderer Anklagevertreter des Kreuzverhoer zu beginnen ?

GENERAL RAGINSKY: Nach dem Verhoer des Herrn Dodd verbleiben fuer mich nur wenige Fragen.

H0343 - 0021

F: Angeklagter Funk, Sie haben gestern gesagt, dass Ihr Ministerium sehr geringe Funktionen zu der Zeit des Angriffes auf die Sowjet-Union hatte und dass Sie selber kein wirklicher Minister waren. In diesem Zusammenhang moechte ich einige Fragen an Sie stellen, im Hinblick auf die Struktur des Wirtschaftsministeriums.
Ist Ihnen das Buch von Hans Quecke unter dem Titel: "Reichswirtschaftsministerium" bekannt ? Kennen Sie das Buch ?

A: Nein.

F: Ist Ihnen der Name Hans Quecke bekannt ? Sie verstehen den Namen nicht ?

A: Hans Quecke.

F: Hans Quecke. Sie kennen den Namen nicht ?

A: Ich kenne einen Quecke.

F: Jawohl, Quecke; er war im Wirtschaftsministerium.

A: Quecke war Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium.

F: Ja, und er kannte natuerlich die Struktur des Wirtschaftsministeriums und auch die Funktionen, die es auszuueben hatte, nicht wahr ?

A: Sicherlich musste er das wissen.

F: Ich lege nun dieses Buch als Beweisstueck vor und zwar USSR-451. Sie werden dieses Buch sofort vorgelegt bekommen bezw. den Auszug, den ich hier zitieren werde. Es ist Seite 65 des Buches. Wollen Sie bitte Seite 65 aufschlagen, der letzte Absatz auf der Seite.

A: Ich habe es noch nicht gefunden, ich sehe nur, dass es eine Reportage ist.

F: Es ist Seite65.

A: Ja.

F: Es ist der letzte Absatz auf dieser Seite. Haben Sie gefunden ?

A: Der Aufbau des Reichswirtschaftsministerium ?

F: Ja, es handelt sich um die Struktur des Reichswirtschaftsministeriums vom 1.Juli 1941. Der Stellvertreter war ein Dr. Landfried. Ist das der Landfried, der hier eine eidesstattliche Erklaerung abgegeben hat ?

A: Ja.

F: Ich bitte Sie, dann kurz zu verfolgen. Landfried leitete eine besondere Abteilung, die wichtige Fragen des Nachschubs und Rohstoffen fuer die Militaerwirtschaft zu erledigen hatte.
Angeklagter Funk, ich frage Sie noch folgendes - - -

A: Einen Moment, wo steht das ?

H0343-0022

F: Es befindet sich im Teil II, Abteilung C. Haben Sie die Stelle jetzt gefunden ? Es ist Abteilung C, Punkt 2.

A: Nein, da steht nichts von Kriegswirtschaft; ich sehe nichts von Kriegswirtschaft.

F: Ich moechte hier einen Absatz verlesen; - wir werden schon noch zu den auswaertigen Organisationen kommen, so weit sind wir noch nicht.

A: -- dem Staatssekretaer unmittelbar unterstellt Abteilung S, Sonderabteilung, Grundlage der Rohstoffbewirtschaftung, grundsaetzliche Fragen der Wehrwirtschaft, grundsaetzliche Frage der --

F: Kriegswirtschaft. Daruber wollen wir jetzt sprechen. Ihm unterstehen die Fragen der Politik, die Wirtschaftsfragen in den Grenzgebieten, nicht wahr ? Das Ministerium bestand aus 5 verschiedenen Abteilungen, stimmt das ?
Und in der 3.Gruppe, in der 3.Hauptabteilung, an der Spitze stand Maier, oder nicht

A: Ja.

F: Und Sie hatten eine Spezial-Abteilung mit dem Namen : "Freie Wirtschaft den Juden"; das war im Jahre 1941.

A: Ja, zu der Zeit wurden die Dinge bearbeitet, das stimmt. Da wurden die Durchfuehrungsverordnungen bearbeitet, die wir lange besprochen haben, gestern.

F: Angeklagter Funk, bitte folgen Sie dem Text, und dann nachher koennen Sie Ihre Erklaerungen geben. Die 4.Hauptabteilung stand unter Ministerialdirektor Dr. Kluge, und diese Abteilung stand ueber den Banken, Geldfragen, bezueglich Kredit- und Finanzfragen ueberhaupt. War das Tatsache ?

A: Ja.

F: Ich nehme an, dass Sie die Struktur Ihres eigenen Ministeriums kennen. Wir brauchen also nicht mehr soviel Zeit zu verwenden, um das nochmals zu besprechen. Die 5.Hauptabteilung wurde geleitet durch von Jagwitz; stimmt das ? Diese Abteilung beschaeftigte sich mit besonderen Wirtschaftsfragen in den einzelnen Laendern, und diese 5. Hauptabteilung hatte wehrwirtschaftliche Fragen zu regeln. Ebenfalls war diese Abteilung zustaendig fuer Auslandszahlungen und fuer konfiszierte Depots; ist das richtig ?

A: Das verstehe ich nicht. Das ist die Aussenhandels-Abteilung. Diese hatte nur die technische Durchfuehrung des Auslands-Exportes.

F: Einen Moment, nun die 5.Abteilung: Haben Sie die Stelle gefunden? Diese Abteilung in Ihrem Ministerium hatte die Konfiszierung von Depots unter sich.

H0343 – 0023

Wissen Sie ueberhaupt etwas ueber die Beziehungen Ihrer Abteilung zu den Auslands-Organisationen?

A: Ja.

F: Und in Ihrem Ministerium hatten Sie eine besondere Abteilung, die sich mit solchen Dingen befasste, nicht wahr ?

A: Das ist dadurch zu erklaeren, dass der Unterstaatssekretaer von Jagwitz, der hier der Leiter dieser Hauptabteilung war, gleichzeitig in der

H0343 - 0024

Auslandsorganistaion taetig war und fuer sich persoenlich dort im Ministerium eine Verbindungsstelle geschaffen hatte, um wirtschaftliche Fragen, die ueber die Auslandsorganisation in dieses Ministerium herankamen, zu behandeln. Es lag nur an der Person des Herrn von Jagwitz, der gleichzeitig aus der Auslandsorganisati kam und auf diese Art in die Abteilung Ausland kam und auch eine Verbindung dort unterhielt.

F. Das verstehe ich, also muss ich Sie so verstehen, dass die Aussenpolitis Abteilung besondere Funktionen im Ausland hatte, und dass diese Abteilung mit Ihr Ministerium zusammenwirkte?

A. Nein, das stimmt nicht.

F. Wozu hatten Sie dann in Ihrem Ministerium diese besondere Abteilung?

A. Das ist keine Abteilung, sondern der Unterstaatssekretaer von Jagwitz wa gleichzeitig in der Auslandsorganistaion. Ich weiss nicht, in welcher Position e taetig war, er war in der Auslandsorganisation schon taetig, bevor er vom Reichs marschall in das Ministerium uebernommen wurde. Und nun hat er selbst in seiner Abteilung sich eine Art Verbindungsstelle zur Auslandsorganisation geschaffen, das heisst, es kamen ja oft Wirtschaftler aus dem Auslande, die zur Auslandsorga sation der NSDAP gehoerten, nach Berlin, und diese Leute haben den Unterstaats-sekretaer von Jagwitz ueber ihre Geschaefte, ihre Erfahrungen und Kenntnisse im Ausland berichtet. Mehr weiss ich davon nicht.

F. Das verstehe ich. Sie wollen uns also davon ueberzeugen, dass Sie als Mi nister garnichts davon wussten und dass es ausschliesslich auf die persoenliche Initiative des Herrn von Jagwitz zurueckzufuehren sei.

Und nun bitte ich Sie, aufmerksam den Text des letzten Absatzes anzuhoeren.

A. Oh, doch, ich wusste davon, das war mit meiner Kenntnis und Befugnis geschehen.

F. Erst hoeren Sie zu, was ich zu sagen habe, dann koennen Sie mir etwas e zaehlen. Der letzte Absatz enthaelt folgendes: Der Staats-Hauptabteilung unter-steht die Aussenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums. Sie sichert die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und der Auslandsorganisation der NSDAP. Das steht hiergeschrieben. Es handelt sich also nicht um die persoenliche Initiative von Jagwitz, wie Sie uns glauben machen wollen, sondern diese Abteilung war eine regulaere Abteilung Ihres Ministeriums. Haben Sie diese Stelle in dem Dokument gefunden?

H0343-0025

A. Ja. Herr von Jagwitz hat diese Verbindungsstelle geleitet. Sie war im wesentlichen auf seine Person beschraenkt und sie war die Verbindungsstelle fuer die Zusammenarbeit mit der Auslandsorganistaion, die ja in vielen Faellen ganz natuerlich war. Ich weiss nicht, was daran aussergewoehnlich oder verbrecherisch sein soll.

F. Auf diese Frage werden wir noch zurueckkommen.

GENERAL RAGINSKY: Herr Vorsitzender, ich moechte jetzt zu einer anderen Gruppe von Fragen uebergehen. Wuerde es jetzt nicht passend sein, eine Pause einzulegen?

VORSITZENDER: Gut, das Gericht vertagt sich nun.

(Pause von 11,35 bis 11,45 Uhr)

F. Sie haben gestern gesagt, dass Sie der Bevollmaechtigte fuer die Wirtschaft waren, nicht ein voller Bevollmaechtigter; der richtige Bevollmaechtigte war Schacht, und Sie waren an zweiter Stelle in dieser Hinsicht.
Erinnern Sie sich an den Artikel, den Sie geschrieben haben unter dem Titel "Wirtschaftliche und finanzielle Mobilisation"? Erinnern Sie sich an das, was Sie damals geschrieben haben?

A. Nein.

F. Wir wollen keine Zeit vergeuden mit dieser Frage. Ich will Sie daran erinnern.

GENERAL RAGINSKY: Ich lege dem Gericht als einen Beweis vor unter USSR-Exhibit 452, einen Artikel von Funk, der in der Monatsschrift der NSDAP und der deutschen Arbeitsfront publiziert ist, der Schulungsbrief vom Jahre 1939. Es heisst: "Wirtschaftliche und finanzielle Mobolisierung"

F. Sie schrieben damals: "Als der vom Fuehrer befohlene Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft habe ich dafuer zu sorgen, dass der volle Einsatz der Lebens- und Hauptkraft der Nation im Kriege auch wirtschaftlich fuer das Volk in Deutschland sichergestellt wird." Haben Sie diese Stelle gefunden?

A. Ja, ich fand sie.

F. Ferner haben Sie geschrieben: "Der wirtschaftliche Generalstab, der uns Beginn des Weltkrieges fehlte, hat heute in enger Zusammenarbeit mit dem Wehrwirtschaftsstab des Oberkommandos der Wehrmacht die organisatärischen und materielle Voraussetzungen dafuer geschaffen, dass im Kriege die kriegs- und lebenswichtige Betriebe die denkbar hoechsten Leistungen vollbringen, und die Versorgung von He und Heimat mit lebensnotwendigen Guetern gewaehrleistet ist. Die Anwendung der

H0343 - 0026

Wirtschaft fuer die grossen politischen Ziele des Fuehrers fordert nicht allein starke Fuehrung der wirtschaftlichen Institutionen, aber aus politischen Gesichtpunkt auch dass solche wie die gewerbliche Wirtschaft, die Ernaehrungs- und Landwirtschaft, die Forst-und Holzwirtschaft, Wirtschaftstransporte, Arbeitseinsaetz Lohn- und Preisregelung, Finanzierung und Kreditwesen, einheitlich eingesetzt werden, um alle Wirtschaftskraefte in den Dienst der Reichs-Verteidigung zu stellen Zur Durchfuehrung dieser Aufgaben sind die fuer diese Arbeitsgebiete zustaendigen obersten Reichsbehoerden in den von mir als Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft geleiteten Geschaeftsbereich einbezogen."

Sie bestaetigen doch heute, dass Sie genau das im Jahre 1939 geschrieben haben, nicht wahr?

A. Ja.

F. Ist Ihnen meine Frage nicht klar?

VORSITZENDER: Er sagte ja.

ZEUGE: Doch, sicherlich habe ich das geschrieben.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F. Sie sagen also ja.

Ist Ihnen von der im Juli 1941 herausgegebenen sogenannten "gruenen Mappe" Goering's bekannt? Davon ist schon oefters hier vor Gericht gesprochen worden. Es sind die Weisungen ueber Wirtschaftsfragen, oder richtiger, Weisungen fuer die Auspluenderungen der besetzten Gebiete im Osten.

Welche Arbeiten haben Sie in der Ausarbeitung dieser Direktiven selbst persoenlich geleistet?

A. Ichweiss es nicht. Ich weiss es nicht mehr, ob ich daran ueberhaupt mitgearbeitet habe.

F. Sie erinnern sich nicht? Wie kann es sein, dass solche Dokumente ohne Ihre Mitarbeit zusammengestellt wurden; Sie, der Sie doch Wirtschaftsminister, Praesident der Reichsbank und Generalbevollmaechtigter fuer die Ruestungswirtschaft waren. Wie konnte das ohne Ihre Mitarbeit, ohne Ihr Wissen passieren?

A. Erstens war ich damals nicht mehr Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft, Bevollmaechtigter fuer die Ruestungswirtschaft bin ich niemals gewesen. Die Vollmachten des Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft sind bereits kurz nach Beginn des Krieges auf den Beauftragten fuer den Vierjahresplan uebergegangen. Das ist wiederholt bestaetigt und betont worden. Und was ich persoenlich damals hinsichtlich der Wirtschaftsfuehrung in den besetzten Ostgebieten getan habe, da

H0343 - 0027

kann nur sehr minimal gewesen sein. Ich entsinne mich darauf nicht, denn die Verwaltung der gesamten Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten lag beim Wirtschaftsfuehrerstab Ost und beim Beauftragten fuer den Vierjahresplan; und diese Stellen arbeiteten natuerlich mit dem Ministerium Rosenberg, dem Ministerium fuer die besetzten Ostgebiete zusammen. Ich persoenlich erinnere mich nur, dass im Laufe der Zeit vom Wirtschaftsministerium einzelne Kaufleute von Hamburg und Koeln usw. beauftragt wurden, eine privatwirtschaftliche Taetigkeit in den besetzten Ostgebieten zu entwickeln.

F. Ja, das haben wir schon gehoert. Wir wissen, welche "Entwicklung" Sie dort geleistet haben. Das ist eigentlich Raub gewesen.
Erinnern Sie sich an eine Versammlung in Prag am 17. Dezember, einer Versammlung einer Suedeuropaeischen Gesellschaft? Oder soll ich Sie daran erinnern?

A. Nein, nein. Ich bin in der Voruntersuchung von General Alexander auf diese Rede aufmerksam gemacht worden und habe ihm bereits damals mitgeteilt, dass das eine falsche Zeitungsnachricht war, die spaeter von mir, oder kurze Zeit darnach berichtigt worden ist.

F. Einen Moment mal, Angeklagter Funk. Sie laufen den Tatsachen etwas voraus. Sie wissen ja gar nicht, was ich Sie fragen will. Warten Sie einen Moment, bis ich Sie gefragt habe. Sie haben hier vor Gericht ausgesagt, dass Sie an keinen Besprechungen bei Hitler, wo politische Fragen und wirtschaftliche Ziele des Angriffes gegen die Sowjet-Union besprochen wurden, teilgenommen haben, und dass die Weisungen und die Plaene Hitlers ueber die Verteilung der Gebiete der Sowjet-Union Ihnen nicht bekannt waren, aber in Ihrer Rede, auf die wir uns beziehen, dass der Osten zukuenftige Kolonie Deutschlands wird. Sie sagten das.
Haben Sie darueber gesprochen, dass der Osten das zukuenftige Kolonialgebiet Deutschlands sein wuerde?

A. Nein, das habe ich in der Voruntersuchung bereits bestritten. Ich habe sofort, als mir das vorgehalten wurde, gesagt, dass ich von den alten deutschen Kolonisierungsgebieten gesprochen habe. Das kann Herr General Alexander bestaetigen. Der hat mich ja damals vernommen.

F. Ich habe keine Absicht, den General als Zeugen herzurufen. Ich frage Sie haben Sie das in Ihrer Rede so gesagt, wie es hier in diesem Buch steht?

A. Nein

F. Sie haben gesagt, es waere nicht noetig, Sie an das, was geschrieben wurde, zu erinnern. Gerade das steht bezueglich Ihrer Rede in Prag geschrieben. Ich

H0343 - 0028

will Ihnen diese Stelle woertlich zitieren:

"Die offenen, fuer Europa noch nicht eroeffneten Gebiete der oestlichen Gebiete Europas werden ein vielversprechendes Kolonialgebiet werden fuer Rohmaterialien in Europa."

Im Dezember 1942, von welchem Osteuropa haben Sie damals gesprochen, und von welchen Gebieten haben Sie da gesprochen?

Ich frage Sie - - - -

A. Ich habe nicht von Kolonialgebieten gesprochen, sondern von den alten Kolonialisierungsraeumen Deutschlands, von den alten deutschen Kolonialisierungsraeumen, gesprochen.

F. Ja, aber Sie sprechen hier nicht ueber alte Kolonialisierungsraeume, Sie sprechen von neune Gebieten, im neuen Raum, den Sie erobern wollten.

Gut, lassen wir diese Frage.

A. Der Raum war schon erobert, den brauchten wir nicht mehr erst zu erobern der war ja schon von den deutschen Truppen erobert worden.

F. Ja, das ist mir bekannt. Mir ist bekannt, wie Sie sie erobert hatten, und mir ist auch bekannt, wie Sie diese Gebiete wieder verlassen haben.

Sie haben gesagt, dass Sie der Praesident der Continental-Oel-Gesellschaft gewesen sind. Diese Gesellschaft war fuer die Ausnutzung der Oelvorkommen in den oestlichen besetzten Gebieten organisiert worden, besonders fuer Groznay und Bak Bitte sagen Sie, ob das richtig ist. Antworten Sie ja oder nein.

A. Es war nicht bloss fuer die besetzten Gebiete, sondern diese Gesellschaft befasste sich mit Oel-Industrie in ganz Europa. Sie ist entstanden aus den Oelbeteiligungen in Rumaenien, und wenn von den deutschen Truppen Gebiete besetzt wurden, in denen Oelvorkommen waren, so war die Gesellschaft, die eine Gruendung des Vierjahresplanes war, von den betreffenden Stellen, wirtschaftlichen und militaerischen Wirtschaftsstellen beauftragt, spaeter von der Ruestungswirtschaft, dort Oelproduktion zu betreiben, die zerstoerten Oelproduktionsgebiete wieder aufzubauen. Das ist eine Gesellschaft, die einen ungehaueren grossen Wiederaufbau betrieben hat.

Ich selbst war der Praesident des Aufsichtsrates und habe im wesentlichen nur die Finanzierung der Gesellschaft betrieben.

F. Das habe ich gehoert, aber Sie haben meine Frage noch nicht beantwortet Ich frage Sie: Groznay und Baku waren das die Objekte, auf die sich diese Ge-

H0343 - 0029

sellschaft richtete. Es war doch das Oel aus diesen Gebieten, das der Grund fuer Ihre Plaene war?

Es waren doch die Oelvorkommen im Kaukasus, die als Kapital in diese Gesellschaf eingebracht worden waren? Nicht wahr?

A. Nein.

F. Nein?

A. Nein.

F. Danke, diese Antwort genuegt mir.

A. Wir hatten ja den Kaukasus nicht erobert, infolgedessen konnte die Continental-Oelgesellschaft im Kaukasus auch nicht taetig sein.

F. Schoen. Aber Rosenberg hat um diese Zeit herum bereits seinen Bericht uc die Eroberung des Kaukasus gemacht, und die Ausbeutung der Rohmaterialien dort. Sagen Sie mir bitte, entsinnen Sie sich, vor dem Gericht wurde ein stenographisches Protokoll ueber eine Sitzung bei Goering am 6. August 1942 vorgelesen. Es war eine Sitzung von den Reichskommissaren der besetzten Gebiete? Erinnern Sie sich an diese Sitzung?

A. Ja.

F. Haben Sie an dieser Besprechung teilgenommen?

A. Das weiss ich nicht. In dieser Sitzung soll ueber die

H0343 – 0030

Oelgebiete des Kaukasus gesprochen worden sein? Das weiss ich nicht.

F: Ich habe nichts darueber gesagt. Ich werde Ihnen Fragen stellen. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie an dieser Besprechung teilgenommen? Das ist jetzt meine Frage, ob Sie bei dieser Besprechung anwesend waren oder nicht.

A: Das weiss ich nicht mehr, das kann sein.

F: Sie erinnern sich also nicht?

A: Nein.

F: In diesem Fall wird man Ihnen dieses Dokument vorlegen.

Es liegt dem Gericht bereits vor; das Dokument ist auch verlesen. Es ist Dokument USSR-170 und liegt dem Gericht vor.

Wie in dem Dokument steht, sind die Massnahmen fuer die wirtschaftliche Planung in den besetzten Gebieten, und zwar in der Sowjet-Union, Polen, Tschechoslovakei, Jugoslavien und anderen Gebieten ausgearbeitet und besprochen worden. Auf dieser Besprechung hat der Angeklagte Goering zu Ihnen gesprochen. Erinnern Sie sich jetzt, dass Sie auf dieser Besprechung waren? Nein?

A: Jawohl, ich erinnere mich. Aber was Goering zu mir gesagt hat, bezieht sich darauf, dass wir, nachdem also die russischen Gebiete laengst besetzt waren, Kaufleute hinschickten, die dort irgendwelche Waren hinbringen, die fuer die Bevoelkerung interessant waeren. Hier heisst es gerade: "Es sollten Kaufleute dorthin geschickt werden, die muessen wir nach Venedig schicken, damit sie dort diese Dinge aufkaufen, usw., damit diese Dinge wieder in den besetzten russischen Gebieten verkauft werden sollten."

Das ist, was Goering hier zu mir gesagt hat.

F: Ja.

A: Das kann das sein, was hier vorgelesen wurde.

F: Das ist nicht meine Frage an Sie, Angeklagter Funk. Ich frage Sie, waren Sie bei dieser Besprechung oder nicht? Koennen Sie mir auf diese Frage antworten?

A: Sicher, wie Goering hier zu mir gesprochen hat, muesste ich dort gewesen sein. Es war am 7. August 1942.

F: Sie haben hier auf Fragen des Herrn Dodd geantwortet, ueber die Auffuellung des Gold-Depots in der Reichsbank.

Angeklagter Funk, ich stelle Ihnen in diesem Zusammenhang folgende Frage:

Sie haben gesagt, dass die Gold-Einlagen der Reichsbank bloss aufgefuellt wurden

H0343 - 0031

durch Goldeinlagen von der Belgischen Bank. War Ihnen denn nicht bekannt, dass aus der Tschechoslovakischen Nationalbank 23.000 Kilo Gold gestohlen worden waren und in die Reichsbank ueberfuehrt wurden? War Ihnen das nicht bekannt?

A: Dass es gestohlen worden war, war mir nicht bekannt. Aber ich habe gestern hier ausdruecklich gesagt, dass der Goldbestand verlagert worden war, im wesentlichen durch die Uebernahme des Goldes der Tschechoslovakischen Nationalbank und der Belgischen Bank. Ich habe gestern hier extra erwaehnt die Tschechische Nationalbank.

F: Ich frage Sie jetzt nicht ueber die Belgische Bank, sondern ueber die Tschechoslovakische Bank.

A: Jawohl, ich habe sie gestern erwaehnt. Ich sagte gestern so.

VORSITZENDER: Er hat es gerade schon gesagt. Er sagte, dass er ueber die tschechoslovakischen Gold-Depots gesprochen hatte.

GENERAL RAGINSKY: Herr Praesident, gestern hat er von der Tschechoslowakei nicht gesprochen, daher habe ich diese Frage gestellt. Wenn er es aber heute bestaetigt, dann moechte ich ihn nicht weiter ueber diesen Punkt fragen.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Ich gehe jetzt zur naechsten Frage ueber und zwar Jugoslavien. Am 14. April 1941, das heisst, vor der vollstaendigen Besetzung Jugoslaviens hat der Oberbefehlshaber des Heeres ueber die Verwaltung der jugoslavischen Gebiete Weisungen herausgegeben. Es ist das Dokument USSR-140, und liegt dem Gericht bereits vor.

In Punkt 9 dieser Weisungen sind Massnahmen ueber die Erklaerung gegeben: "Fuer deutsche und landeseigene Waehrung besteht Annahmezwang. Der Umrechnungskurs betraegt 100 Dinare ist 5 Reichsmark. Gesetzliche Zahlungsmittel sind neben den jugoslavischen Zahlungsmittel die Deutschen Reichskreditkassenscheine und Reichskreditkassenmuenzen."

Auf Grund dieses Waehrungskurses wurde es den Deutschen moeglich, Waren zu billigen Preisen aus den besetzten Gebieten auszufuehren.

Ich frage Sie nun, geben Sie zu, dass solche finanziellen Operationen eine von den Massnahmen waren, um die besetzten Gebiete auszupluendern im wirtschaftlichen Sinne?

A: Nein.

F: Gut.

H0343 - 0032

durch Goldeinlagen von der Belgischen Bank. War Ihnen denn nicht bekannt, dass aus der Tschechoslovakischen Nationalbank 23.000 Kilo Gold gestohlen worden waren und in die Reichsbank ueberfuehrt wurden? War Ihnen das nicht bekannt?

A: Dass es gestohlen worden war, war mir nicht bekannt. Aber ich habe gestern hier ausdruecklich gesagt, dass der Goldbestand verlagert worden war, im wesentlichen durch die Uebernahme des Goldes der Tschechoslovakischen Nationalbank und der Belgischen Bank. Ich habe gestern hier extra erwaehnt die Tschechische Nationalbank.

F: Ich frage Sie jetzt nicht ueber die Belgische Bank, sondern ueber die Tschechoslovakische Bank.

A: Jawohl, ich habe sie gestern erwaehnt. Ich sagte gestern so.

VORSITZENDER: Er hat es gerade schon gesagt. Er sagte, dass er ueber die tschechoslovakischen Gold-Depots gesprochen hatte.

GENERAL RAGINSKY: Herr Praesident, gestern hat er von der Tschechoslowakei nicht gesprochen, daher habe ich diese Frage gestellt. Wenn er es aber heute bestaetigt, dann moechte ich ihn nicht weiter ueber diesen Punkt fragen.

DURCH GENERAL RAGINSKY:

F: Ich gehe jetzt zur naechsten Frage ueber und zwar Jugoslavien. Am 14. April 1941, das heisst, vor der vollstaendigen Besetzung Jugoslaviens hat der Oberbefehlshaber des Heeres ueber die Verwaltung der jugoslavischen Gebiete Weisungen herausgegeben. Es ist das Dokument USSR-140, und liegt dem Gericht bereits vor.

In Punkt 9 dieser Weisungen sind Massnahmen ueber die Erklaerung gegeben: "Fuer deutsche und landeseigene Waehrung besteht Annahmezwang. Der Umrechnungskurs betraegt 100 Dinare ist 5 Reichsmark. Gesetzliche Zahlungsmittel sind neben den jugoslavischen Zahlungsmittel die Deutschen Reichskreditkassenscheine und Reichskreditkassenmuenzen."

Auf Grund dieses Waehrungskurses wurde es den Deutschen moeglich, Waren zu billigen Preisen aus den besetzten Gebieten auszufuehren.

Ich frage Sie nun, geben Sie zu, dass solche finanziellen Operationen eine von den Massnahmen waren, um die besetzten Gebiete auszupluendern im wirtschaftlichen Sinne?

A: Nein.

F: Gut.

H0343 – 0033

A: Es kommt darauf an, in welchem Verhaeltnis die Kurse festgesetzt waren. Ich habe in einigen Faellen, das gilt insbesondere fuer den Fall Frankreich, gegen die Unterbewertung des Kurses in den besetzten Gebieten protestiert.

F: Entschuldigen Sie einen Moment. Ueber Frankreich haben Sie bereits gesprochen, und ich moechte nicht die Zeit des Gerichtes fuer diese Frage vergeuden

A: Einen Augenblick bitte. Wie damals das Verhaeltnis zwischen Dinar und Mark war, weiss ich nicht. Im allgemeinen habe ich das, soweit ich mitwirken konnte, ja nicht bestimmt. Die Bestimmung traf der Finanzminister und die Wehrmacht. Soweit ich dabei mitwirken konnte, habe ich immer darauf gedrungen, dass der Kurs sich nicht allzuweit von dem Kurs entfernte, der auf Grund der gegebenen Kaufkraf in Gueltigkeit war. Ich weiss im Augenblick nicht, wie damals der Kurs des Dinars in Wirklichkeit war.

Reichskreditkassenscheine mussten natuerlich mit den Truppen mitgebracht werden, denn sonst haetten Requisitionsscheine ausgegeben werden muessen. Das waere ja viel schlimmer gewesen, als wenn ein offizielles Geldmittel eingefuehrt worden waere, wie es seitens der Alliierten bei uns geschieht, denn mit Requisitionsscheinen zu arbeiten, ist natuerlich fuer die Bevoelkerung und fuer das ganze Land sehr viel unvorteilhafter, als mit einem anerkannten Zahlungsmittel. Diese haben wir ja selbst erfunden, diese Reichskreditkassenscheine.

F: Sie wollen also damit sagen, dass Sie nichts Schlimmes getan haben, und dass die ganze Sache von Ihrem Reichsfinanzminister geleitet wurde.

Ist Ihnen die Aussage Ihres Vertreters Landfried bekannt, die eidesstattliche Erklaerung ist von Ihrem Verteidiger vorgelegt worden? Erinnern Sie sich an diese Aussage? Er sagt etwas ganz anderes. Landfried sagte, als die Valuten und die Kurse festgesetzt wurden, war es Ihre Meinung, die entscheidend war, und zwar handelt es sich um die Valuten in den besetzten Ostgebieten.

Stimmen Sie mit Landfried ueberein?

A: Ich wurde bei der Festsetzung dieser Kurse selbstverstaendlich gefragt als Reichsbankpraesident, und ich habe mich, das wird durch jedes Dokument bestaetigt werden, immer dafuer eingesetzt, dass die neuen Kurse so nah wie moeglich an den alten auf Grund der Kaufkraft der bestehenden Kurse festgesetzt werden, also kein Unterbewertungen eintraten.

F: Es ist also ein Zwangskurs in den besetzten Gebieten, und dieser Kurs ist auf Ihre Weisungen hin eingefuehrt worden, nicht wahr?

H0343-0034

A: Nicht auf meine Weisungen hin, sondern ich wurde nur gefragt hernach.

F: Um Ihre Meinung?

A: Ich musste meine Zustimmung geben, das heisst, es gab das Reichsbankdirektorium diese Zustimmung, aber ich wurde irgendwie gefragt.

F: Danke, das genuegt mir. Ich gehe zu einer anderen Fragengruppe ueber. Am 29. Mai 1941 hat der Oberbefehlshaber in Serbien Anweisung oder einen Befehl herau gegeben ueber die Serbische Nationalbank. Dieses Dokument liegt dem Gericht als USSR-135 vor. Das ist eine Anordnung, die die Jugoslavische Nationalbank liquidiert, und das ganze Besitztum der Bank soll verteilt werden zwischen Deutschland und seinen Vasallenvoelkern. Statt der Jugoslavischen Nationalbank wurde eine sogenannte Serbische Nationalbank gegruendet. Die Leiter dieser Bank wurden von dem deutschen Bevollmaechtigten fuer Serbien festgelegt. Ist Ihnen bekannt, wer der Bevollmaechtigte fuer die Wirtschaft in Serbien gewesen ist?

A: Das war wahrscheinlich der General-Konsul Hans Neuhausen, der Beauftragte des Vierjahresplanes.

F: War er ein Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums?

A: Nein.

F: Nein. Und er hat niemals im Reichswirtschaftsministerium gearbeitet? Ist das richtig?

A: Nein, niemals. Neuhausen hat niemals im Reichswirtschaftsministerium gearbeitet.

F: War er ein Mitarbeiter Goerings dann?

A: Ja, das stimmt.

F: So, er war also ein Mitarbeiter Goerings. Geben Sie zu, dass so eine spezifische Valuten-Operation, auf Grund zufolge der das Jugoslavische Land und die.. Landesbank einer grossen Menge des nationalen Geldes beraubt wurde. Alle diese Massnahmen konnten nicht durchgefuehrt werden, ohne dass Sie Ihre Zustimmung gegeben haben, stimmt das?

A: Ich kenne im einzelnen nicht die Bestimmungen, nach denen die Liquidation ausgesprochen und eine neue Serbische Nationalbank gegruendet wurde. Aber es ist selbstverstaendlich, dass die Reichsbank an solchen Transaktionen beteiligt wurde.

F: Ich will Ihnen noch 2 Fragen stellen: Auf welche Weise zusammen mit den offenen Ausplunderungen, der kompletten Requisition, die die deutschen Angreifer in den besetzten Gebieten des oestlichen Europas durchfuehrten, wie haben die alle wirtschaftlichen Kraefte dieser Laender ausgenuetzt, und zwar auf

H0343 - 0035

Grund der verschiedenen finanziellen und Valuta-Spekulationsmassnahmen. Sie haben die Valuta heruntergedrueckt, sie haben die Banken ergriffen, und auf diese Weise haben Sie die Pluenderungen weitergefuehrt.

Geben Sie zu, dass dies die deutsche Politik in den besetzten Ostgebieten gewesen ist ? Geben Sie das zu ?

A : Nein.

F : Das geben Sie also nicht zu ?

A : In keiner Weise.

F : Ich lege dem Gericht das Dokument 453 vor. Es ist USSR Nr. U-119. Es handelt sich um Weisungen der Kaufkraft und so weiter, vom 22. April 1943. Es handelt sich um eine Tagung, an der die Referenten ueber die Preisbildung teilnahmen. Ich moechte einige Auszuege fuers Protokoll aus diesem Dokument verlesen :

Auf Seite 2 steht geschrieben :

..... dass am 1. Oktober 1942 in Deutschland 5 1/2 Millionen Auslaender gearbeitet haben, davon

1 1/2 Millionen Kriegsgefangene und

4 Millionen Zivilarbeiter.

Weiter heisst es :

1,2 Millionen kommen aus dem Osten,

1 Million aus dem ehemaligen polnischen Gebieten,

200 000 aus der Tschechoslovakei,

65 000 aus Kroatien,

50 000 aus Serbien und so weiter.

Ferner wird in diesem Dokument ueber die Preisangleichung gesagt :

Die Preisangleichung muss auf Kosten des besetzten Landes gemacht werden, das heisst, auf Grund eines Clearing, das meistens aktiv fuer die besetzten Gebiete sich darbietet.

Auf Seite 14 wird gesagt :

Diese preispolitischen Erwaegungen haetten fuer die besetzten Gebiete keine Bedeutung, da das Hauptinteresse nicht bei der

Bevoelkerung, sondern in der Ausnuetzung der Wirtschaft des Landes liege.

Auf Seite 16 steht geschrieben :
Fuer die besetzten Ostgebiete hat Minsterialrat Roemer ausgefuehrt, dass die Preise dort weit unter den deutschen Preisen liegen, und schon bisher grosse Schleusengewinne zu Gunsten der Reichskasse erzielt wurden.

Auf Seite 19 sind Angaben ueber die Clearings-Guthaben, beziehungsweise des Reiches gegenueber dem Ausland gegeben, und zwar :
9,3 Milliarden.

Von der Tschechoslowakei .....-	2	Millionen
Ukraine .....-	82,5	Millionen
Serbien .....-	219	Millionen
Kroatien .....-	85	Millionen
Slovakei .....-	3o1	Millionen.

Und schliesslich auf Seite 22 des Dokumentes steht geschrieben :
" Die Preise sind in den besetzten Ostgebieten so niedrig gehalten wie nur moeglich. Schleusengewinne werden schon heute gemacht, aber zur Abdeckung von Reichsschulden verwendet. Der Lohnstand ist allgemein 1/5 des deutschen. "

Geben Sie zu, dass eine solche planmaessige Ausraubung, die von den deutschen Angreifern in ganz gigantischem Ausmasse gemacht wurde, nicht moeglich war, ohne Ihr Wissen, da Sie doch Reichswirtschaftsminister, Reichsbankpraesident und Bevollmaechtigter der Wirtschaft gewesen sind ?

A : Ich muss immer wieder betonen, dass ich waehrend des Krieges nicht mehr Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft war. Aber ich darf zu diesem Dokument Stellung nehmen.

Zunaechst handelt es sich um all die aus den besetzten Gebieten und sonst aus dem Ausland nach Deutschland hereingebrachten Arbeitskraefte. Ich habe selbst betont, und es ist durch Aussagen

H0343 - 0036

auch bewiesen worden, dass ich grundsaetzlich dagegen war, dass aus den besetzten Gebieten auslaendische Arbeitskraefte in einem Umfang abgezogen wurden, der der wirtschaftlichen Ordnung in diesen Gebieten abtraeglich war. Von der zwangsweisen Beitreibung dieser Arbeitskraefte sehe ich ab, dagegen habe ich mich auch ausgesprochen. Wenn hier ein Referent, den ich nicht kenne, gesagt hat, dass die preispolitischen Erwaegungen fuer die besetzten Gebiete keine Bedeutung haetten, da das Hauptinteresse nicht bei der Bevoelkerung, sondern in der Ausnuetzung der Wirtschaftskraft liege, so muss ich diesem Standpunkt widersprechen. Es ist jedenfalls nicht mein Standpunkt. Ich weiss nicht, wer dieser Referent hier gewesen ist. Denn es ist ganz selbstverstaendlich, dass ein Gebiet nichts Vernuenftiges produzieren kann, wenn man nicht die Wirtschaft in Ordnung haelt, und wenn man nicht die Preise so stellt, dass die Menschen dort existieren koennen und das soziale Leben in Ordnung gehalten wird.
Also gegen diesen Standpunkt muss ich auch Stellung nehmen.

Was die Clearingverschuldung anlangt, so habe ich gestern des Naeheren auseinandergesetzt, dass dieses Clearingverfahren das ueblich e Handelsverfahren fuer Deutschland war, und dass ich zu jeder Zeit immer wieder anerkannt habe, und festgestellt habe, dass diese Clearingschulden wahre Schulden sind, die nach dem Krieg in der Valuta Kaufkraft, wie sie entstanden, zurueckbezahlt werden muessen. Hier kann ich keine Ausplluenderung feststellen. Im uebrigen muss ich grundsaetzlich betonen, dass ich fuer die Wirtschaft in den besetzten Gebieten nicht zustaendig war, dass ich dort keine Anweisungsvollmacht hatte, sondern dass ich nur soweit dort beteiligt war, als ich zu den einzelnen Stellen, ebenso wie alle anderen Ressorts, Beamte abstellte, und dass natuerlich zwischen diesen Stellen und diesen Ressorts in der Heimat eine Zusammenarbeit bestand. Aber die Verantwortung fuer die Wirtschaft in den besetzten Gebieten uebernehme ich nicht, das hat auch der Reichsmarschall ausdruecklich anerkannt, dass die volle Verantwortung auf ihn faellt, soweit die Wirtschaftsfrage auf ihn kommt.

H0343 – 0037

F : Ich verstehe, dass Sie mitgearbeiter haben, aber nicht die Verantwortung tragen wollen. Erinnern Sie sich an Ihre Aussagen vom 22. Oktober 1945 ?

A : Ich weiss nicht was fuer Aussagen .....

F : Sie erinnern sich also nicht mehr daran. Zu jener Zeit wurden Sie ueber die Mobilisierung fremdlaendischer Arbeiter gefragt. Wussten Sie darueber ? Sie sagten, dass Sie niemals dagegen Protest eingelegt haetten. Ist das wahr ? Sie sagten, Nein. Warum haben Sie nicht dagegen gesprochen ?

A : Nein, das stimmt nicht. Ich habe Protest dagegen erhoben, gegen zwangsweise Einreihung der Arbeiter und auch dagegen, dass soviele Arbeiter aus den besetzten Gebieten herausgenommen wurden, dass dort in der Wirtschaft nicht mehr produziert werden konnte. Das stimmt nicht.

F : Meine letzte Frage, die ich an Sie richten wollte ist : Erinnern Sie sich an einen Artikel der in der Zeitung " Das Reich " am 18. August 1940 erschien und zwar im Zusammenhang mit Ihrem 50. Geburtstag. Dieser Artikel traegt die Ueberschrift " Walter Funk, Wegbereiter der nationalsozialistischen Wirtschaftskraefte . "

Ich moechte einige Auszuege aus diesem Artikel zitieren :

" Seit 1931, als persoenlicher Wirtschafts-Berater und -Beauftragter des Fuehrers taetig und so der unermuedliche Mittelsmann zwischen Partei und Wirtschaft, ist Walter Funk zum Wegbereiter einer neuen geistigen Haltung des deutschen Unternehmertums geworden.

Wenn beim Umbruch 1933 der mehr als ein Jahrzehnt das deutsche oeffentliche Leben beherrschende Gegensatz zwischen Politik und Wirtschaft, insbesondere Politik und Unternehmertum von heute auf morgen fortgewischt war, wenn von Anfang an eine an sich dann staendig steigernde Hingabe an das Ganze zur selbstverstaendlichen Richtschnur aller Arbeit wurde, so ist dies mit das verdienstvolle Ergebnis der in Rede und Schrift gleich umfassenden Aufklaerungsarbeit, wie sie vor allem Funk namentlich seit

H0343 – 0038

H0343-0039

1929 geleistet hatte."

Und sodann im letzten Abschnitt dieses Artikels :

" Walter Funk ist sich selbst treu geblieben, weil er war, ist und bleiben wird ein Nationalsozialist, ein Kaempfer, der alle Arbeit dem Siege der Ideale des Fuehrers weiht."

Stimmen Sie damit ueberein, dass dies eine richtige Wiedergabe Ihrer Arbeit und Ihrer Person ist ?

A : Im Grossen und Ganzen, ja.

GENERAL RGINSKY : Ich habe keine weitere Frage mehr an den Zeugen.

DR.DIX naehert sich dem Rednerpult.)

VORSITZENDER : Was wollen Sie sagen Herr Dr. Dix ?

DR. DIX : Ich habe nur eine Frage an den Zeugen, die ausgeloest worden ist durch das Kreusverhoer des Herrn Dodd, die ich nicht eher stellen konnte, da Veranlassung der Frage durch Herrn Dodd gegeben wurde.

VORSITZENDER ; Jawohl, fahren Sie fort .

DR. DIX : F : Herr Zeuge, Mr. Dodd hat Ihnen ein Vorverhoer Ihrerseits vorgehalten, wonach Schacht nach seinem Abgange noch ein Zimmer in der Reichsbank gehabt haben soll. Sie haben hier die Zeugenbekundigung Schachts gehoert. Er hat hier eindeutig bekundet, dass er kein Zimmer in der Reichsbank gehabt hat, dass vielmehr die Reichsregierung ein Zimmer in seiner Wohnung zur Verfuegung gestellt hat durch entsprechenden Beitrag zur Miete und dass die Reichsregierung ihm eine Sekretaerin bezahlt hat, die er von der Reichsbank mitgenommen hat und die nunmehr von der Reichsregierung und nicht von der Reichsbank bezahlt wurde. Das war die Aussage Schacht's. Durch Ihre Antwort an Mr. Dodd ist nicht ganz eindeutig geklaert worden, ob Sie an der Richtigkeit dieser Aussage Schacht's irgendwelche Zweifel aeussern wollen. Ich bitte dazu Stellung zu nehmen.

A : Ich kenne die Zimmerverhaeltnisse von Herrn Dr. Schacht nicht. Mir ist seiner Zeit mitgeteilt worden in der Reichsbank,

dass er noch oft zur Reichsbank kaeme und dass ein Zimmer fuer ihn reserviert waere. Wenn diese Mitteilung nicht richtig ist, so kannich dafuer nichts. Ich zweifle nicht daran, dass das, was Herr Dr. Schacht gesagt hat, richtig ist. Er muss seine Zimmerverhaeltnisse ja besser kennen als ich.

VORSITZLNDER : Herr Dr. Sauter, wollen Sie den Angeklagten nochmals verhoeren ?

DR. SAUTER : Herr Praesident. Wir tun uns bei dieser Schlussvernehmung des Angeklagten Dr. Funk etwas schwerer als in anderen Faellen und zwar deshalb, weil namentlich heute die Uebersetzung erhebliche Schwierigkeiten machte. Ich selbst habe das, was hier gesprochen worden ist, das muss ich offen gestehen, nur zum Teil verstehen koennen. Beim Angeklagten wird es vielleicht ebenso sein. Und ich muss mir deshalb das Recht vorbehalten, Herr Praesident, dass ich nach Eintreffen des Stenogrammberichtes vielleicht die eine oder andere Berichtigung nachbringen werde, wenn sich aus dem Bericht die Veranlassung dazu ergeben sollte, Wir tun uns auch deshalb schwer, Herr Praesident, weil dem Angeklagten Dr. Funk, im Laufe des Kreuzverhoers nicht nur eine grosse Zahl umfangreicher Dokumente vorgehalten worden ist. Diese Ueberraschung sind wir allmaehlich gewoehnt, sondern vor allem auch deshalb, weil der Angeklagte Funk sich verantwortlich aeussern sollte zu Urkunden, die von ihm nicht stammen , die seinen Taetigkeitsbereich nichts angehen, die er nicht ....

H0343 – 0040

H0343 - 0041

VORSITZENDER: Herr Dr. Sauter. Das Gericht hat ueberhaupt nicht bemerken koennen, dass der Angeklagte Funk nicht in der Lage war jede ihm vorgelegte Frage gruendlich zu verstehen. Ich glaube, dass deshalb fuer Sie ueberhaupt kein Grund besteht, irgendwie zu protestieren. Sie sollten fortsetzen all die Fragen ihm vorzulegen, die Sie in dem nochmaligen Verhoer an ihn richten wollen, d.h. Fragen, die sich aus dem Kreuzverhoer ergeben.

DR. SAUTER: Herr Praesident, jedenfalls in unseren Apparaten, auf dieser Seite haben wir manche Fragen nicht verstehen koennen. Ob es an unseren Apparaten haengt, oder an der ganzen Apparatur, das weiss ich nicht.

VORSITZENDER: Wenn der Angeklagte Funk irgendeine Frage, die ihm gestellt wurde, nicht verstand, so haette er das sagen koennen. Er hat aber nichts gesagt. Er hat alle Fragen logisch und vollkommen genau beantwortet. Wenn Sie wollen koennen Sie ihn fragen, ob er irgendeine der ihm vorgelegten Fragen nicht verstanden hat.

(Nochmaliges Verhoer durch Herrn Dr. SAUTER)

DR. SAUTER: F: Herr Funk, es ist Ihnen von der Anklagevertretung unter anderen vorgehalten worden, dass Sie an der Auspluenderung Frankreichs mitgewirkt haben. Ist es nun in diesem Zusammenhang richtig, dass die Waren, die Konsumgueter, die aus Frankreich gekommen sind, vielfach auch hergestellt wurden aus Rohstoffen, die von Deutschland geliefert waren?

A: Sicherlich. Wir haben fortlaufend, naturgemaess, Kohle, Koks Eisen und andere Rohstoffe nach Frankreich geliefert, damit dort produziert werden konnte, besonders die Rohstoffe, ueber die die franzoesische Wirtschaft nicht verfuegte. Es fand ja ein sehr enger Produktionsaustausch und eine sehr enge Produktionsgemeinschaft zwischen der deutschen und franzoesischen Wirtschaft statt. Sogar organisatorisch waren hier die deutschen Formen angewendet worden.

F: Herr Dr. Funk. Es ist vorhin ein Artikel teilweise verlesen worden, der zu Ihren Geburtstag geschrieben wurde. Kennen Sie den Verfasser dieses Artikels?

A: Ja, aus frueheren Jahren.

H0343 – 0042

F: Hat er fuer diesen Artikel von Ihnen irgendwelche tatsaechlichen Unterlagen bekommen?

A: Nein.

F: Auch nicht erbeten?

A: Nein. Ich habe von diesem Artikel vorher nichts gewusst. Ich habe mir ja keinen Geburtstagsartikel bestellt.

F: Eben. Sie haben also von dem Artikel nichts gewusst und insoferne besteht, wenn ich Sie recht verstehe, auch keine Gewaehr, dass das, was in dem Artikel steht, auch tatsaechlich vollkommen zutrifft?

A: Nein. Aber ich fand die Tendenz in dem Artikel im allgemeinen sehr schoen.

F: Herr Zeuge. Der amerikanische Anklagevertreter hat Ihnen gestern diese Angelegenheit in Ihrer Verhandlung mit Rosenberg im Fruehjahr 1941 vorgehalten und hat aus der Tatsache, dass Sie damals wenige Monate vor dem Einmarsch in Russland, die Verhandlungen mit Rosenberg gepflogen haben, anscheinend den Schluss ziehen wollen, sie haetten damit zugegeben, oder wollten zugeben, dass Sie von der Absicht Hitler's gekannt haetten, einen Angriffskrieg gegen Russland zu fuehren. Sie sind zu diesem Punkte gestern nicht mehr zu Wort gekommen, deshalb moechte ich Ihnen nochmals Gelegenheit geben, ganz klar herauszuarbeiten, was Sie damals ueber die Absicht Hitler's geglaubt haben, als Sie im Fruehjahr 1941 mit Rosenberg zu verhandeln hatten und was Sie ueber die Gruende einer etwaigen Kriegsmoeglichkeit vorher erfahren haben.

A: Ich habe die Frage des amerikanischen Anklagevertreters nicht so aufgefasst, dass ich von einem Angriffskrieg gegen Russland etwas gewusst habe, sondern er hat ausdruecklich gesagt, von Kriegsvorbereitungen mit Bezug auf Russland, denn ich habe ja selbs vorher klar gelegt, dass mir die Beauftragung Rosenbergs voellig ueberraschend gekommen ist und dass mir als Begruendung gegen diese Beauftragung und ueber die Taetigkeit Rosenbergs, sowohl von ihm, wie von Lammers mitgeteilt wurde, dass der Fuehrer mit einem Krieg gegen Russland rechne, weil Russland an der gesamten Ostgrenze

H0343 – 0043

starke Truppenzusammenziehung vornehme, weil Russland in Bessarabien und Bukovina eingefallen waere und weil die seinerzeitigen Verhandlungen mit Molotov den Beweis erbracht haetten, dass Russland eine aggressive Politik auf dem Balkan und dem Ostseeraum verfolge, durch die sich Deutschland bedroht fuehlte und dass insofern von deutscher Seite Vorbereitungen fuer einen evtl. Krieg mit Russland getroffen werden muessten. Es ist von mir auch hinsichtlich der Sitzung, die der Herr amerikanische Anklagevertreter erwaehnt hat, ausdruecklich gesagt worden, dass ich die Waehrungsmassnahmen, die hier besprochen wurden, gerade mit Ruecksicht darauf gutgeheiss habe, dass man stabile Waehrungsverhaeltnisse in den besetzten Ostgebieten schuf. Ich war also dagegen, dass man eine deutsche Reichsmark dort einfuehrte, die die russische Bevoelkerung gar nicht angenommen haette, weil sie sie nicht lesen konnte.

F: Herr Zeuge. Der Herr sowjet-russische Ankleager hat vorhin immer wieder betont, dass Sie nicht nur Reichsbank-Praesident und Reichswirtschafts-Minister waren, sondern auch General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft. Sie haben das bereits richtig gestellt und darauf hingewiesen, dass schon gleich von Anfang an, als Sie ernannt wurden, praktisch Ihre Vollmachten als General-Bevollmaechtigter der Wirtschaft auf Goering uebergegangen sind und dass, glaube ich, im Dezember 1939 Ihre Vollmachten als General-Bevollmaechtigter der Wirtschaft auch formell auf Goering uebertragen wurden.

MR. DODD: Ich widerspreche nicht nur der Form dieses Verhoers sondern auch ihrem Inhalt. Tatsaechlich sagt der Verteidigungsanwalt selbst aus und zwar ueber Angelegenheiten, ueber die der Zeuge bereits im direkten Verhoer ausgesagt hat. Es ist uns klar, dass dies dem Gerichtshof, als ein nochmaliges Verhoer, nicht dienlich sein kann.

VORSITZENDER: Herr Dr. Sauter, finden Sie es wirklich fuer angebracht, dass der Zeuge nochmals die Aussagen, die er bereits gegeben hat, wiederholt? Der einzige Zweck des nochmaligen Verhoers ist, irgendwelche Fragen, die im Kreuzverhoer nicht genuegend be-

H0343 - 0044

antwortet wurden, zu erlaeutern. Der Zeuge hat sich bereits zu den Fragen, mit welchen Sie sich jetzt beschaeftigen, geaeussert und zwar in der gleichen Weise, in welcher Sie dieselben ihn vorlegen.

DR. SAUTER: Ich habe diese Fragen, diese Feststellungen nur deshalb vorausgeschickt, weil ich jetzt eine Frage stellen will in Bezug auf eine Urkunde, die gestern erst vorgelegt wurden ist, die bisher nicht vorgelegt war und zu der ich infolge bisher nicht Stellung nehmen konnte. Und weil der sowjet-russische Anklagevertreter hier wiederholt die Behauptung aufgestellt hat, der Angeklagte sei auch noch waehrend des Krieges General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft gewesen, obwohl das ja nicht stimmt, Herr Vorsitzender ..

VORSITZENDER: Ich habe selbst gehoert, wie der Zeuge wiederholt gesagt hat, dass er nicht General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft waehrend des Krieges war. Er hat das wiederholt gesagt.

DR. SAUTER: Aber es ist von hier aus wiederholt worden. Herr Praesident, es ist gestern eine Urkunde vorgelegt worden, welche die Nr. EC-488 ....

VORSITZENDER: Worueber ist hier die Frage?

DR. SAUTER: EC-488. Es ist gestern vorgelegt worden EC-488, ein Schreiben vom 28. Januar 1939. Es steht gross auf der ersten Seite darauf "Geheim." Hier im Original ist der Kopf, der mit Druckschrift angebracht ist, angegeben mit "Der General-Bevollmaechtigter fuer die Kriegs-Wirtschaft." Soweit der Kopf des Briefbogens. Und hier ist nun das Wort " Krieg" ausdruecklich ausgestrichen, sodass man zum Schluss nur noch lesen kann " Der General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft." Es muss also vor dem 28, Januar 1939 der Titel - ich gebe ihn woertlich wieder -- " Der General-Bevollmaechtigter fuer die Kriegs-Wirtschaft" umgeaendert worden sein, in einen neuen Titel "Der General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft." Da wuerde ich nun bitten, dass der Angeklagte....

VORSITZENDER: Ich sehe. Das Exemplar, das uns vorliegt, enthaelt das Wort " Krieg" ueberhaupt nicht.

DR. SAUTER: Auf meiner Photo-Kopie ist das drauf.

H0343-0045

VORSITZENDER: Ich sehe. Welche Frage wollen Sie ihm vorlegen?

DR. SAUTER: Zu der Zeit, als dieser Brief gestrichen wurde, war General-Bevollmaechtigter der Angeklagte Funk und ich wuerde nunmehr bitten an ihn die Frage stellen zu duerfen, wie es sich erklaer dass der Titel seiner Dienststelle, naemlich "General-Bevollmaechtigter fuer die Kriegs-Wirtschaft".... Die Frage wuerde lauten, wie es sich erklaert, dass der Titel seiner Dienststelle" General-Bevollmaechtigter fuer die Kriegs-Wirtschaft" ungeaendert wurde, in den neuen Titel " General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft"?

A: Der Grund liegt darin ....

DR. SAUTER: Einen Moment mal, Herr Dr. Funk.

VORSITZENDER: Ich habe Sie nicht gebeten mit Ihrer Frage abzubrechen. Sie koennen die Frage vorlegen. Wie lautete die Frage?

DR. SAUTER: F: Bitte Dr. Funk.

A: Der Grund liegt darin, dass nach dem alten Reichsverteidigungsgesetz Schacht zum General-Bevollmaechtigten fuer die Kriegswirtschaft ernannt worden war und nach dem zweiten Reichsverteidigungsgesetz, in dem ich ernannt wurde, wurde ich zum General-Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft ernannt, weil damals schon klar stand, dass die besonderen kriegswirtschaftlichen Aufgaben, also mit Ruestung, mit eigentlicher Kriegswirtschaft, nicht mehr bei dem General-Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft lagen, sondern dass diesem im wesentlichen die Koordinierung des zivilen Wirtschaftsressorts oblag.

F: Im Zusammenhang damit, Herr Praesident, darf ich vielleicht Ihre Aufmerksamkeit lenken, auf eine andere Urkunde, die gestern vorgelegt wurde, naemlich Nr. 3562-PS. Hier ist der Kopf bereits richtig mit dem neuen Titel angegeben " Der General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft." Also nicht mehr " Der General-Bevollmaechtigter fuer die Kriegs-Wirtschaft." Das ist auch eine neue Urkunde, die erst gestern vorgelegt wurde. Gestern. Herr Praesident, wurde...

MR. DODD: Um die Angelegenheit richtig zu stellen, Herr Vorsitzender. Das Dokument 3562-PS ist als Beweisstueck eingebracht worden und zwar von Leutnant Meltzer, als der Fall gegen den Angeklagten

H0343-0046

Funk dargestellt wurde.

VORSITZENDER: Mr. Dodd: Habe ich nicht recht, wenn ich sage, dass der Angeklagte Funk vom Beginn seines Verhoers an erklaerte, dass er zum General-Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft ernannt wurde?

MR. DODD: Das habe ich so verstanden.

VORSITZENDER: Sie haben dem nicht widersprochen?

MR. DODD: Wir haben der Tatsache, dass er so gesagt hat, nicht widersprochen. Aber wir wiedersprechen der Tatsache, dass er tatsaechlich nur fuer die Wirtschaft war. Wir behaupten, dass er tatsaechlich viel fuer die Kriegsvorbereitungen und zwar als Bevollmaechtigter zu tun hatte.

VORSITZENDER: Jawohl. Aber er wurde nicht dazu ernnant?

MR. DODD: Nein. Das Dokument 488 wurde ohnehin nicht vorgelegt aus diesem Grunde, sondern nur, um zu zeigen, dass der Angeklagte sich damit beschaeftigte darueber zu sprechen, was Kriegsgefangene nach einem Angriff zu tun haetten.

DR. SAUTER: Es wurde gestern ein Protokoll vorgelegt ueber die Vernehmungeines Hans Posse, Es ist das Dokument 3894-PS. Der Zeuge Hans Posse war frueher Staatssekretaer im Wirtschaftsministerium und als solcher stellvertretender General-Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft. Dieses Protokoll hat die Anklagevertretung deshalb vorgelegt, um zu zeigen, dass zwischen Funk und Goering angeblich ein Kampf um die Macht, wie es da heisst, bestanden habe.

Ich moechte aber aus dem Protokoll einige andere Punkte dem Zeugen vorhalten, damit auch einige andere Punkte zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht werden.

Herr Zeuge, das sagt z.B. und das moechte ich Sie fragen, ob das auch heute Ihre Auffassung ist, der Staatssekretaer Hans Posse in diesem Dokument 3894-PS, Seite 2, der deutschen Uebersetzung unten:

"Wie oft" wurde er gefragt; " Haben Sie an Funk Berichte in Verbindung mit Ihren Pflichten als stellvertretender General- Bevollmaechtigter gegeben." Und der Zeuge antwortete dann woertlich: "Der

H0343-0047

General-Bevollmaechtigte fuer die Wirtschaft trat eigentlich niemals in Aktion."

A: Da muss ich das, was ich immer wieder gesagt habe und was von allen, die ueber diese Frage hier gehoert worden sind, bestaetigt worden ist, nochmals sagen, das war eine Stellung, die auf dem Papier stand.

DR. SAUTER: F: Dann wurde der Zeuge gefragt, mit welchem Endziel Sie, Herr Dr. Funk, gearbeitet haetten:

"Herr Dr. Posse ", heisst es: " stimmt es, dass das Buero des General-Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft eingerichtet wurde, mit dem Endziel, alle wirtschaftliche Taetigkeit zu vereinigen, im Hinblick auf die Vorbereitungen des Krieges."

Der Zeuge antwortete dann woertlich: " Das Ziel war, was ich gerade gesagt habe, die widersprechenden wirtschaftlichen Interessen auszugleichen, aber es war keine Frage davon, fuer den Krieg vorzubereiten."

Und ganz unten auf der naemlichen Seite 4, sagt der Zeuge woertlich: " Es ist richtig, dass der Zweck war, alle wirtschaftlichen Fragen auszugleichen, aber nicht als Ziel hatte, den Krieg vorzubereiten. Natuerlich, wenn Kriegsvorbereitungen notwendig wurden, war es auch die Aufgabe des General-Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft sich mit dieser Frage zu befassen und ausgleichend zu wirken."

A: Der Herr Posse war ein alter kranker Mann, den ich auf diesen Posten abgestellt hatte. Er war vorher Staatssekretaer bei Schacht gewesen und als ich das Ministerium uebernahm, habe ich von Goering einen neuen Staatssekretaer bekommen, der leider nachher geisteskrank wurde und dann kam zu mir der Staatssekretaer, Dr. Landfried und der Herr Posse, der auch noch als Staatssekretaer formell im Wirtschaftsministerium war, hatte keine Beschaeftigung mehr, infolgedessen habe ich ihm diesen Geschaeftsfuehrenden des General-Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft gegeben und hier hatte er natuerlich dauernde Schwierigkeiten und OKW wollte, das Oberkommando der Wehrmacht, oder der Wehrwirtschaftsstab der wollte von Anfang an den

H0343 - 0048

General-Bevollmaechtigten in seinen Zustaendigkeiten kuerzen, was aus dem Brief hervorgeht, der gestern vorgelegt wurde. Die zivilen Wirtschaftsressorts wollten ihm nicht parieren, weil sie an sich schon dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan unterstellt waren und parieren mussten und infolgedessen ist tatsaechlich dieser ungluckselige General-Bevollmaechtigte fuer die Wirtschaft im wesentlichen auf dem Papier stehen geblieben.

VORSITZENDER: Wuerde es nicht ein guenstiger Augenblick zu unterbrechen sein?

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14:00 Uhr des gleichen Tages vertagt).

H0343 - 0049

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 7. MAI 1946.
SITZUNG 14.00 bis 17.00 UHR.

DR. SAUTER: (Verteidiger fuer den Angeklagten Dr. Funk)

Herr Vorsitzender, ich habe noch zwei Fragen an den Angeklagten Dr. Funk.

Herr Dr. Funk, vor der Pause sind wir stehen geblieben bei der Urkunde 3894-PS, Aussage Ihres Staatssekretaers Dr. Posse und da moechte ich einige Stellen auf Seite 7 der deutschen Ausgabe dieser Aussage verlesen und Sie fragen, ob Sie damit einig gehen. Der Zeuge Posse ist naemlich von Herrn Staatsanwalt gefragt worden, ob er als Stellvertreter des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft von den internationalen Beziehungen, insbesondere von der Kriegslage usw. Kenntnis hatte und er sagte, Seite 7: "Wir wussten niemals etwas ueber die internationale Lage und wir hoerten nichts darueber, und wenn die internationale Lage in unserer Diskussion eroertert wurde, konnten wir immer nur unsere private Meinung aeussern." Schluss des Zitates.

Und einige Zeilen weiter:

"Wir, damit meint er offenbar sich, und Sie Herrn Dr. Funk,

"Wir hofften immer, dass kein Krieg kommen wuerde."

Gehen Sie mit diesen Auffassungen des damaligen Staatssekretaers Posse einig?

A: Ja, ich habe ja mehrmals das ausgesagt. Das werden meine Mitarbeiter und jeder, der mich in dieser Zeit gesprochen hat, bestaetigen koennen. Herr Posse wurde natuerlich noch viel weniger ueber politische und militaerische Vorgaenge informiert als ich selbst.

F. Und dann habe ich noch eine letzte Frage, Herr Zeuge. Sie haben vorhin diesen Film gesehen, den uns die Anklagebehoerde vorgefuehrt hat. Nun Sie waren Reichsbankpraesident. Sie kennen infolgedessen auch, vielleicht nur oberflaechlich die Verhaeltnisse in den Stahlkammern der Reichsbank, wenigstens nehme ich an in Berlin, wenn auch nicht in Frankfurt, wo der Film aufgenommen wurde und wissen auch, wie insbesondere waehrend der Kriegszeit diese Sachen aufbewahrt wurden, wenn man der Bank ins Depot gab in Koffern oder verschnuerten Paketen und dergleichen. Vielleicht, Herr Dr. Funk, aeussern Sie sich auf Grund Ihrer eigenen Kenntnis der Verhaeltnisse zu diesem kleinen Film, den wir gesehen haben.

A. Ich bin durch diesen Film voellig verwirrt und auf das Tiefste erschuettert worden. Die Photographie und insbesondere der Film sind ja immer sehr gefaehrliche Dokumente, weil sie vieles doch in einem anderen Lichte erscheinen lassen, als es in Wirklichkeit ist. Ich persoenlich habe den Eindruck, und ich

glaube, das wird die Anklagebehoerde wahrscheinlich bestaetigen, dass diese ganzen Wertdepots und diese Sammlung aus dem Kali-Bergwerk stammen, dass auf meine Veranlassung alle Gold-, Devisen-, und sonstige Wertdepots der Reichsbank dorthin verbracht wurden, als durch einen fruchtbaren Bombenangriff in Berlin wir in der Reichsbank nicht mehr arbeiten konnten. Das Reichsbankgebaeude erhielt seit diesem einen Angriff im Februar 1945, 21 Sprengbomben und es ist mir wie durch ein Wunder gelungen, mit 5 000 Menschen aus diesem tiefen Keller wieder an die Oberflaeche zu kommen. Es sind damals Gold-Devisen und alle Wertdepots in ein Kali-Bergwerk nach Thueringen gebracht worden und von dort offenbar nach Frankfurt, nehme ich an. Es handelt sich hier also zu einen grossen Teil um normale Depots von Kunden, die in diese verschlossenen Depots, an die die Reichsbank gar nicht heran konnte, ihre Wertgegenstaende, ihr Vermoegen aufbewahrt hatten. Ich kann also nicht aus dem Film unterscheiden, was von diesen Gegenstaenden aus den Einlieferungen der SS stammt und was aus echten Depots stammt. Der Anklagevertreter hat sicherlich recht, wenn er sagte, es wird sich ja niemand Goldzaehne in ein Depot legen. Es kann aber durchaus sein, dass gewisse Funktionaere der Konzentrationslager richtige Depots in die Reichsbank gegeben haben, die solche Gegenstaende enthielten, um sich fuer die Zukunft zu sichern. Das halte ich fuer moeglich. Ich muss aber abschliessend noch einmal sagen, dass ich von diesen Dingen und von der Tatsache, dass aus Konzentrationslagern Schmuckstuecke, Perlen, Brillanten und aehnliches in diesem Umfang in die Reichsbank abgeliefert wurden, dass ich von diesen Dingen nichts gewusst habe, und dass mir das unbekannt war und dass ich persoenlich der Meinung bin, dass die Reichsbank diese Geschaefte gar nicht machen durfte, wobei sich allerdings aus einem Dokument ergibt, naemlich wo eine Abrechnung fuer den Finanzminister hergestellt wurde, dass wahrscheinlich aus den Konzentrationslagern alles zunaechst in die Reichsbank gebracht wurde und nun die armen Beamten aus der Reichsbank die Sachen auseinander nehmen mussten, die ja den Finanzminister unterstanden, weiterleiten mussten und daruch nun Abrechnung herstellen mussten. Ich muss deshalb bitten, wie gesagt, dass ueber diese Zustaende ein Bevollmaechtigter vernommen wird, um zu erklaeren, wie das alles sich in Wirklichkeit abgespielt hat und vor allem festzustellen, dass ich persoenlich von diesen Dingen nicht im geringsten unterrichtet war, bis auf einige Tatsachen, die ich ja selbst dem Gericht dargestellt habe.

DR. SAUTER: Herr Vorsitzender, damit bin ich am Ende meiner Befragung des Angeklagten Dr. Funk und ich bitte dann im Anschluss daran, den einzigen Zeugen,

H0343 – 0050

H0343 - 0051

den ich zur Zeit zur Verfuegung habe, Dr. Heiler, zu befragen.

VORSITZENDER: Jawohl.

MR. DODD: Herr Vorsitzender, es ist noch eine Sache, bevor der Zeuge gerufen wird, zu erledigen. Es ist Dokument Nr. 3894-PS, von dem der Zeuge schon Aussage gemacht hat. Ich denke, es wuerde gut sein, wenn wir das ganze Dokument in den vier Sprachen vorlegen wuerden, damit das Gericht die ganze Tatsache erkennen kann. Soweit haben wir nur Auszuege gelesen. Es waere gut, dass das Gericht den ganzen Text hat, dann bitte ich erst den Zeugen hierher zu schaffen.

VORSITZENDER: Herr Dr. Sauter, haben Sie noch weitere Fragen vorzubringen mit Bezug auf den Zeugen Puhl?

DR. SAUTER: Mit Bezug auf den Zeugen Puhl, habe ich vor, Sie zu bitten Herr Vorsitzender, dass Puhl zum Kreuzverhoer kommt. Den Antrag haette ich ohnehin noch gestellt.

VORSITZENDER: Sehr gut, natuerlich der Zeuge Puhl, soll hierher gebracht werden. Er wird nachher gefragt werden, sobald das moeglich sein wird.

Der Angeklagte kann zu seinem Platz zurueckkehren.

(Der Zeuge Heiler betritt den Zeugenstand)

VORSITZENDER: Geben Sie Ihren vollen Namen an bitte.

A. Heiler Franz.

VORSITZENDER: Wollen Sie diesen Eid mir nachsprechen:

"Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen und nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(Der Zeuge spricht den Eid nach.)

VORSITZENDER: Sie koennen sich setzen.

DR. SAUTER: Herr Dr. Heiler, wie alt sind Sie?

A. 46 Jahre.

F. Sind Sie Berufsbeamter oder wie kamen Sie eigentlich in das Wirtschaftsministerium zu dem Angeklagten Funk?

A. Ich bin selbstaendiger Kaufmann gewesen und habe als Unternehmer des Handels zunaechst die Leitung der "Wirtschaftsgruppe Einzelhandel" im Rahmen der Organisation der Gewerbewirtschaft gehabt. In dieser Eigenschaft hatte ich mit dem Wirtschaftsministerium einen sehr engen Arbeitskontakt. Ich habe Herrn Minister Funk nach seiner Ernennung zum Reichswirtschaftsminister Vortrag ueber mein Aufgabengebiet gehalten und bei dieser Gelegenheit Herrn Minister Funk kennengelernt. Als ich dann noch die Leitung der "Reichsgruppe Handel" ueber-

H0343 – 0052

tragen erhielt, entwickelte sich das Arbeitsverhaeltnis zwischen der von mir geleiteten Organisation und dem Ministerium, insbesondere dem damaligen Staatssekretaer Landfried und dem Minister zu einem besonders engen kameradschaftlichen Arbeitsverhaeltnis. Nach der Teilung der Ministerien im Herbst 1943, war das Hauptaufgabengebiet des Ministeriums die Versorgung des deutschen Volkes, das heisst der zivilen Bevoelkerung.

Als Leiter der Handelsorganisation war ich der verantwortliche Leiter der Organisation fuer den Absatz der Ware, das heisst fuer die Versorgung und so machte, in einer Besprechung bei Herrn Minister Funk ueber die Zusammenarbeit zwischen Handel und Ministerium, Herr Landfried, der damalige Staatssekretaer den Vorschlag, Herr Minister Funk moechte mich ins Ministerium berufen und zu seinem Vertreter machen. Herr Landfried glaubte, sich unter den damaligen Verhaeltnissen nicht stark genug, dass er diese schwierigen Aufgaben, nachdem dem Ministerium der Einfluss auf die Produktion, also auf die Erzeugung weggenommen war, durchfuehren zu koennen. Und als Herr Minister Funk ihm auf seinen Vorschlag sagte, ja, er Landfried sei ja Vertreter des Ministers, erklaerte er, er koenne die Aufgaben nicht weiter durchfuehren und er bittet dann ihn um seinen Ruecktritt und schlage vor, mich zu seinem Nachfolger zu machen. Ungefaehr 14 Tage oder 3 Wochen spaeter, bin ich mit der Fuehrung der Geschaefte des Staatssekretaers beauftragt worden.

DR. SAUTER: Wann war diese Besprechung?

A. Diese Besprechung war im Oktober 1943 und meine Beauftragung war am 20. November 1943.

F. Also bis zum Herbst 1943, Herr Dr. Heiler, waren Sie ehrenamtlich in Ihr Organisation taetig?

A. Ja.

F. Das war, glaube ich, der Einzelhandel?

A. Ja.

F. Und Anfang 1943 wurden Sie dann Beamter im Reichswitschaftsministerium und zwar als Staatssekretaer?

A. In das Beamtenverhaeltnis bin ich am 30. Januar 1944 berufen worden als Staatssekretaer.

F. Sie waren in dieser Eigenschaft wohl einer der engsten Mitarbeiter von Dr. Funk?

H0343 – 0053

A. Ich war s ein Vertreter.

F. Herr Dr. Heiler, bei einer Besprechung, die ich vorgestern mit Ihnen hat te, habe ich mit Ihnen schon die Frage besprochen, ob der Angeklagte Dr. Funk ein besonders radikaler Mann war oder ob er umgekehrt maessigend und ruecksichts voll aufgetreten ist. Was wissen Sie zu dieser Frage, die fuer die Burteilung d Persoenlichkeit des Angeklagten Funk von einer gewissen Bedeutung sein duerfte?

A. Funk, ist in erster Linie Mensch und das war er auch immer. Seinem ganz Charakter und seinem Wesen liegt der Radikalismus ueberhaupt nicht. Er ist auch mehr kuenstlerisch. Ein Mann von grossem kuenstlerischen Empfinden und schoenge stigen Denken.

Ich glaube man muss - - und ich kann sagen, er war nie doktrinaer oder dogmatis Im Gegenteil, versoehnend und ausgleichend. Er galt deshalb auch, vor allem in Parteikreisen als zu weich, zu nachgiebig, ja vielfach wurde ihm der Vorwurf gemacht, er sei zu schwach. Er versuche die Wirtschaft vor politischen Eingriffen und vor unnoetigen Haerten zu bewahren und trat aus seinem Respekt und aus sein Achtung vor den unternehmerischen Strebern und vor der eigenen Verantwortlichke der Wirtschaft und den Menschen, auch noch waehrend des Krieges gegen unnoetige Eingriffe in die Unternehmung, auf. Er schuetzte die Wirtschaft vor Zusammenlegung und Schliessung. Dies fuehrte dazu, dass ihm letztlich, in entscheidender Phase des Krieges, die Verantwortung fuer die Produktion weggenommen wurde.

Ich erinnere mich aus meiner Zusammenarbeit, als ich noch die Handelsorganisati zu fuehren hatte, dass Funk verschiedentlich auch fuer Maenner der Wirtschaft, die politisch in Schwierigkeiten waren oder krank, eingetreten ist. Ich glaube aber, dass diese Einzelfaelle, wie sein Eintreten fuer den Generalkonsul Hollae der oder fuer Herrn Pietsch als die damals schwersten Folgen, Friedensfuehler a zustrecken, zu erwarten hatte. Oder wie sicher schon bekannt, das Eintreten fuer Richard Strauss oder Aehnliches. Dies ist vielleicht nicht zu sehr von Bedeutun als vielleicht folgende Feststellung. Nach der Katastrophe vom 9. November 1938, sollte der Kurs der Arisierung auch im Wirtschafts

H0343-0054

ministerium verschaerft werden und es waren damals dem Ministerium einige politische Maenner mehr oder weniger aufgezwungen worden. Das war vor allem Herr Schmeer. Ich erinnere mich genau, dass damals vor allem Landfried, aber auch Funk, diese Radikalisierung auf das Ministerium sehr bremste und man hat dies Funk und dem Ministerium auch zum Vorwurf gemacht. Ich habe nach diesem 8. und 9. November einmal eine beschwerdefuehrende Besprechung ueber die Vorgaenge mit Himmler gehabt. Himmler erklaerte damals u.a. und machte damit Funk und auch mir letztlich Vorwuerfe; er sagte letztlich sei einer von der Wirtschaft und von der Wirtschaftsfuehrung auch schuld daran, dass es soweit gekommen ist. Man konnte von einem Herrn Schacht ja nichts anderes verlangen, als dass er immer bremste und sich dem Wollen der Partei entgegenstellte, aber auch Sie und Funk, wenn sie in der Wirtschaft nicht so gebremst haetten, dann waere es zu diesen Ausschreitungen nicht gekommen.

F: Ja, Herr Dr. Heiler eine andere Frage. Sie waren der Mitarbeiter des Dr. Funk auch hinsichtlich derjenigen Fragen, die die Wirtschaft der besetzten Gebiete betroffen haben und Dr. Funk wird vorgeworfen, er habe sich an der Ausplunderung der besetzten Gebiete und an der Zerstoerung der dortigen Waehrung und Wirtschaft in verbrecherischer Weise beteiligt. Koennen Sie moeglichst kurz zu diesem Komplex etwas angeben, was die Einstellung und Taetigkeit des Angeklagten Funk dem Gericht beleuchtet. Moeglichst kurz?

A: Ich glaube, es sind zwei Feststellungen zunaechst notwendig.

1.) Dass der Einfluss des Wirtschaftsministeriums auf die besetzten Gebiet ein verhaeltnismaessig beschraenkter war. Und

2.) Dass in den Jahren in dem ich im Ministerium war, diese Fragen nicht mehr von besonderer Bedeutung waren. Allgemein ist folgendes dazu zu sagen: Es wurde gegen Funk immer wieder der Vorwurf erhoben dass er mehr an den Frieden denke, als an den Krieg. Er hat in seinen ganzen Veroeffentlichungen in Wort und Schrift ja seine Gedanken zu einer europaeischen Wirtschaftspolitik niedergelegt und ich nehme an, dass diese Reden und Schriften bezw. Artikel dem Gericht vorliegen.

H0343 - 0055

F: Die liegen vor, ja.

A: Genau dieselbe Einstellung hatte Funk auch den besetzten Gebieten gegenueber. Er sprach sich wiederholt gegen zu starke Inanspruchnahme der besetzten Gebiete aus. Vertrat den Standpunkt, dass die Zusammenarbeit waehrend des Krieges letztlich die Grundlage der spaeteren Friedenszusammenarbeit sein sollte. Er vertrat den Standpunkt, dass auch waehrend des Krieges Vertrauen und Bereitschaft zur Mitarbeit in der Wirtschaft der besetzten Gebiete geschaffen werden sollte. Er vertrat den Standpunkt, dass man niemals den Schwarzen Markt mit dem Schwarzen Markt bekaempfen koenne, und, dass wir aus der Verantwortung, die wir fuer die besetzten Gebiete hatten, alles vermeiden muessen, was deren Wirtschaft und Waehrung in Unordnung bringen koenne. Ich glaube, mich zu erinnern, dass er auch dem Reichsmarschall gegenueber ueber diese Fragen seinen Standpunkt vertreten hat. Er hat sich auch gegenueber Spannungen der Besatzungskosten wiederholt ausgesprochen und ist immer fuer die Senkung der eigenen Ausgaben eingetreten, also der deutschen Ausgaben in den besetzten Gebieten. Ja, er hat eben den besetzten Gebieten gegenueber keinen anderen Standpunkt eingenommen, als gegenueber den uebrigen Laendern und diese Einstellung geht wohl am besten daraus hervor, dass er in seiner Wiener Rede, glaube ich, war es, vor aller Welt erklaerte, dass er die Planierungsschuld, die ja doch zum grossen Teil in ihren Hoehen auf die Preistreibung zurueckzufuehren war. Also auf die inflationistischen Tendenzen, in den Lieferlaendern als echte Schuld anerkannte.

F: Herr Dr. Heiler, dem Angeklagten Funk wird weiterhin vorgeworfen, er habe sich in verbrecherischer Weise an der Versklavung auslaendischer Arbeiter beteiligt. Dieser Vorwurf trifft also auf diejenige Zeit am meisten, wo Sie Mitarbeiter des Dr. Funk waren.

Koennen Sie uns mit Kuerze sagen, wie in diesem Punkt der Angeklagte Funk dachte und handelte?

A: Eine Mitarbeit in den Fragen des Arbeitseinsatzes von Auslaendern koennte fuer Funk in meiner Zeit ueberhaupt nur in Frage kommen im Rahmen seiner Verantwortung in der zentralen Planung.

H0343-0056

Hier ist zunaechst die Frage, ob die zentrale Planung ueberhaupt fuer den Einsatz von Arbeitern verantwortlich war oder, ob die zentrale Planung nicht nur den Bedarf der verschiedenen Produktionsbereiche festlegte. Gleichgueltig aber, welche Aufgabe die zentrale Planung hatte, so ist Funk's Stellung in der zentralen Planung folgende gewesen:

Funk war Bedarfstraeger als Wirtschaftsminister fuer die zivile Versorgung und fuer den Export. In der Zeit nach der Trennung der Ministerien also ist, glaube ich, kein auslaendischer Arbeiter mehr zusaetzlich oder neu in die Produktio n fuer die zivile Versorgung oder in die Produktion fuer den Export eingesetzt worden. Im Gegenteil. Funk musste laufend zur Kenntnis nehmen, dass aus der Produktion der Konsumgueter in dieser Zeit immer wieder weiter, und zwar Deutsche und Auslaender, weggenommen wurden und in die Ruestungsindustrie ueberfuehrt wurden und so kann ich mir nicht denken, dass aus dieser Zeit ein derartiger Vorwurf gegen Funk erhoben worden kann.

Ich darf bei der Gelegenheit aber noch auf einen Punkt hinweisen, der mir wichtig erscheint:

Es war eine ernste Frage, die Versorgung der auslaendischen Arbeiter und ich glaube auch, Herr Sauckel wird bestaetigen, dass Funk, als diese Frage auftauchte, sofort bereit war, trotz der grossen Not, die im deutschen Volke hinsichtlich der Versorgung schon herrschte, auf Grund der vielen Fliegerangriffe und Luftschaeden, grosse Kontingente von Versorgungsguetern freizugeben fuer die Versorgung der auslaendischen Arbeiter.

F: Er hat sich also, wenn ich Sie recht verstehe, in dem Sinne bemueht, dass die auslaendischen Arbeiter, die in Deutschland zu arbeiten hatten, so gut als moeglich mit Verbrauchsguetern versorgt wurden, also mit Lebensmitteln, Schuhwerk, Kleider und so weiter?

A: Hier dreht es sich vor allem um Schuhwerk und Bekleidung. Fuer Lebensmittel ist Funk nicht zustaendig.

F: Jawohl.

H0343 - 0057

A: Ja, ich kenne diesen eben von mir angefuehrten Fall genau. Er hat deshalb auch erhebliche Schwierigkeiten gehabt; denn die Gauleiter waren natuerlich bei der grossen Warenknappheit sehr bedacht die Versorgung ihrer von ihnen zu betreuenden Gauangehoerigen mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten und er musste sich sehr wehren gegen die Eigenmaechtigkeiten der Gauleiter, die darin bestanden, dass in verschiedenen Gauen Lager, die fuer die Gesamtversorgung bestimmt waren, willkuerlich aufgebrochen und eingesetzt wurden

F: Herr Dr. Heiler, ist Ihnen etwas davon bekannt, dass Dr. Funk sich in Ihrer Zeit, ich spreche immer von der Zeit, wo Sie mit ihm zusammenarbeiteten, sich grundsaetzlich auf den Standpunkt stellte, es solle nicht der auslaendische Arbeiter nach Deutschland gebracht werden, um hier zu arbeiten, sondern es solle umgekehrt die Arbeit selber von Deutschland ins Ausland verlegt werden, damit der auslaendische Arbeiter in seiner Heimat arbeiten und dort bleiben koenne.

Bitte, Ihre Antwort.

A: Es ist mir sehr wohl bekannt, dass Funk diesen Standpunkt vertrat und er entspricht ja letztlich wieder seiner Gesamtkonzeption, denn die politische Unruhe und Unzufriedenheit, die mit der Bewegung von so grossen Massen von Menschen und mit einer voruebergehenden Entwurzelung dieser Menschen verbunden sein muss, steht ja einer Befriedungs- und Aufbaupolitik, die bestimmt das Ziel Funk's war, entgegen.

F: Und dann komme ich bereits zur letzten Frage, Herr. Dr. Heiler, die ich an Sie zu stellen habe, naemlich folgende:

Als die deutschen Armeen zurueckgingen und deutsche Gebiete von den Feindarmeen besetzt wurden, ergaben sich Schwierigkeiten wegen der Versorgung dieser Gebiete mit Geld und da soll nun Hitler ein Gesetz geplant haben, wonach die Annahme und Weitergabe von auslaendischem Besatzungsgeld sogar mit Todesstrafe bedroht werden sollt Mich interessiert nun, Herr Dr. Heiler, nicht, warum Hitler das plante, sondern mich interessiert, wie hat sich, wenn Sie es wissen,- der Angeklagte Funk zu dieser Forderung Hitler's gestellt und mit

H0343-0058

welchem Erfolg?

A: Zu diesem Punkte sind zwei Feststellungen zu treffen, die fuer das Gericht im Zusammenhang mit dieser Frage interessant sein muessten:

Ich habe Funk kaum so schwer getroffen gesehen, als damals, nachdem er Kenntnis von dem sogenannten "Verbrannte Erde-Erlass" bekommen hatte. Er hat, ich glaube als erster Minister, damals zwei sehr klare Erlasse herausgegeben, einen vom Wirtschaftsministerium, in dem er ganz klar Anweisung gegeben hat, wo deutsche Menschen sind, hat eine Wirtschaftsverwaltung in irgend einer Form zu bleiben; wo Versorgungsnotwendigkeiten gegeben sind, muss eine staatliche Fuersorge fuer diese Menschen gesichert bleiben. Der zweite Erlass ging gleichzeitig vom Reichsbankpraesidenten heraus, in dem er anordnete, dass in gleicher Weise, wie eine wirtschaftliche Versorgung, auch eine Betreuung und Versorgung des Goldmarktes durch die verbleibenden Reichsbankdienststellen gesichert werden muesste.

Zur Frage selbst, erinnere ich mich sehr genau, dass im Wirtschaftsministerium die Forderung, wie es hiess, des Fuehrers selbst, vorlag, eine gesetzliche Bestimmung herauszubringen, nach der Annahme von Besatzungsgeld fuer jeden Deutschen unter Todesstrafe gestellt werden sollte. Herr Funk hat sich dieser Weisung entgegengestellt und zwar sehr energisch, ich glaube mit Hilfe von Herrn Lammers, hat selbst wiederholt mit dem Hauptquartier telefoniert und erreicht, dass die Weisung des Fuehrers zurueckgezogen wurde.

F: Sind Sie dann am Ende, Herr Dr. ?

A: Ja.

DR. SAUTER: Herr Praesident, ich habe dann an den Zeugen keine weitere Frage.

VORSITZENDER: Hat irgend einer der Verteidiger Fragen zu stellen?

(Keine Antwort)

Wuenscht die Anklagevertretung ein Verhoer vorzunehmen?

H0343 - 0059

7 Mai - A - EB - 6

MR. DODD:

F: Wann wurden Sie Mitglied der NSDAP, Herr Heiler?

A: Habe ich die Frage richtig verstanden-, wenn ich Mitglied der NSDAP wurde?

F: Jawohl, das stimmt.

A: Im Dezember 1931.

F: Und hatten Sie irgendwelche Aemter inne in der Partei?

A: Nein, ich habe in der Partei kein Amt innegehabt.

F: Sie waren Beauftragter der Leitung der Gruppe Handel im Jahre 1938, der Reichsgruppe Handel?

A: Ich war der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel bis 1938 und von da an der Reichsgruppe Handel. Diese Organisation war ein Teil der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und unterstand dem Reichswirtschaftsministerium.

F: Die Mitgliedschaft in dieser Gruppe war zwangslaeufig, stimmt das nicht?

A: Jawohl.

F: Wann sind Sie der SS beigetreten?

A: Ich bin der SS beigetreten 1933 im Sommer.

F: Das war doch auch ein Partei-Amt, oder nicht?

A: Nein, ein Amt war das nicht, sondern ich habe die Verbindung mit der SS aufgenommen aus der Tatsache, dass in Muenchen 165 Kaufleute des Handels eingesperrt waren, und aus der Tatsache, dass ich Himmler aus meiner Studienzeit kannte-, ich hatte ihn nie mehr gesehen bis dahin - und ich von den Kaufleuten in Muenchen gebeten wurde, mich um sie zu bemuehen, im Sommer 1933. Aber ich hatte kein Amt in der Partei und in der SS.

F: Wann wurden Sie ein General der SS?

A: Ich war nie General in der SS gewesen. Ich habe, nachdem ich zum Staatssekretaer ernannt worden war, vom Reichsfuehrer den Rang eines Gruppenfuehrers der SS bekommen.

F: Gruppenfuehrer, ist das nicht wie der Rang eines Generals in der SS?

H0343 - 0060

A: Ja und nein. Es gab in der SS den Rang eines Gruppenfuehrers, oder es gab den Rang eines Gruppenfuehrers und Generals der Polizei oder der Waffen-SS, aber der Gruppenfuehrer war noch kein General. Das war nur ein Ehrentitel, das war auch nach aussenhin sichtbar, weil wir keine General-Achselstuecke und auch keine Generals-Uniform trugen.

F: Kennen Sie Ohlendorf ziemlich gut, oder nicht?

A: Jawohl.

F: Er hat fuer Sie gearbeitet zu einem gewissen Zeitpunkt und war unter Ihrer Aufsicht gestanden, ist es nicht so?

A: Ich habe mit Ohlendorf vom Jahre 1938 an zusammengearbeitet.

F: Sie wissen, dass er ausgesagt hat vor diesem Tribunal, dass er den Mord von 90.000 Leuten ueberwacht hat; wissen Sie das?

A: Ich habe das gehoert.

F: Wussten Sie damals schon davon zu dem Zeitpunkt, wo das tatsaechlich stattgefunden hat?

A: Nein.

F: Kennen Sie den SS-Mann P o hl ?

A: Darf ich nochmals um den Namen bitten?

F: Pohl, P o h l.

A: Ich erinnere mich nicht, einen SS- Mann Pohl zu kennen.

F: Kennen Sie einen " Gruppenfuehrer Pohl" in der SS?

A: Nein, -- ja, ich kenne einen Obergruppenfuehrer Pohl. Obergruppenfuehrer Pohl war Chef des Wirtschaftsamtes in der SS.

F: Hatten Sie Besprechungen und Zusammenkuenfte mit ihm von Zeit zu Zeit?

A: Ich hatte dienstlich mit Pohl einige Unterredungen, meist sehr unangenehme.

H0343 – 0061

F: Das ist eine andere Sache. Wie oft zwischen 1943 und der Uebergabe haben Sie sich mit Pohl getroffen, um Sachen, die Sie und die SS in Ihrem eigenen Ministerium, Ihrer Wirtschaftsabteilung betrafen, zu besprechen? Ungefaehr, ich will nicht, dass Sie mir eine ganz genaue Rechenschaft abgeben, sondern wie oft wuerden Sie sagen?

A: Ja, ich muss dazu eine kurze Erklaerung geben.

F: Die koennen Sie mir nachher geben, erst sagen Sie mir die Zahl.

A: Vielleicht 3 oder 4 mal, es kann auch nur 2 mal gewesen sein, ich weiss es nicht mehr genau.

F: SagenSie 3 oder 4 mal im Jahr, oder waehrend der ganzen Zeit zwischen 1943 und 1945?

A: Waehrend der ganzen Zeit, jawohl 3 oder 4 mal, es war ja nur ein Jahr.

F: Sprachen Sie mit ihm ueber die Reichsbank, oder ueber das Wirtschaftsministerium, um in der Finanzierung der Fabrikgebaeude in der Naehe der Konzentrationslager zusammenzuarbeiten?

A: Nein.

F: Sie wissen nichts darueber, oder?

A: Nein, diese Frage ist bei mir ueberhaupt niemals zur Diskussion gestellt worden.

F: Ueber was sprachen Sie dann mit ihm?

A: Es war zwischen dem Wirtschaftsministerium und der SS ein grosser Streit entstanden deshalb, weil mich, nachdem ich das Staatssekretariat uebernommen hatte Himmler anweisen wollte, das heisst, angewiesen hat, eineFabrik, die ausserhalb Berlins lag und die dem Gau Berlin gehoerte, den SS-Betrieben einzuweisen. Ich habe mich dagegen gestellt und dieser Anweisung von Himmler nicht Folge geleistet. Darueber muessen die Akte sicher noch da sein. Ich habe dann Anweisung bekommen, mit Pohl ueber diese Frage zu verhandeln. Auch in dieser Verhandlung, und auch in einer persoenlichen Besprechung, die Himmler verlangte und anordnete, habe ich mich gegen diese Anordnung gestellt, da ich grundsaetzlich gegen die SS-Eigenbetriebe war.

F: Haben Sie mit dem Angeklagten Funk ueber Ihre Schwierigkeiten mit Himmler und Pohl gesprochen?

A: Jawohl, weil diese Schwierigkeiten dazu gefuehrt haben, dass Himmler mir im

H0343 - 0062

Dezember einen Brief geschrieben hat und mir sein Vertrauen entzog, indem er mir mitteilte, er habe keine Lust, mit mir noch weiter zusammenzuarbeiten; und das habe ich Funk berichtet.

F: Hat Funk Ihnen gesagt, dass seine Bank Himmler beim Bau von Fabriken, in der Nache von Konzentrationslagern, geholfen hat?

A: Davon weiss ich nichts.

F: Sie haben von diesem nie etwas gehoert?

A: Ich habe bisher noch nie etwas darueber gehoert ueber eine Zusammenarbeit Funk's oder des Wirtschaftsministeriums mit der SS innerhalb des Rahmens der Finanzierung solcher Vorhaben.

F: Nun, es ist ganz klar glaube ich aber, ich moechte trotzdem nochmals sicherstellen, dass von 1943 bis 1945, waehrend Sie der Vertreter Funk's im Wirtschaftsministerium waren, die Frage ueber die Kaeufe auf dem Schwarzen Markt usw. in den besetzten Gebieten ueberhaupt nicht mehr von grosser Bedeutung war; ich habe das verstanden, dass Sie es vor einigen Minuten selbst gesagt haben.

A: Im Jahre 1944 - und meine Amtszeit kann erst von 1944 an angesehen werden-, da ich ja im Dezember ein total ausgebombtes Ministerium hatte und erst wieder recht in Arbeit kam im Januar 1944, waren diese Fragen nicht mehr von entscheidender Bedeutung, weil die Entwicklung schon ruecklaeufig war

F: Gut, Herr Zeuge. Die Rede in Wien, die im Mai 1944 gehalten wurde, auf die Sie sich bezogen, hatte nichts zu tun mit den besetzten Gebieten, sondern sie war nur an die Satelliten-Staaten gerichtet? Wissen Sie das nicht mehr?

A: Die Rede in Wien?

F: Jawohl, die Rede in Wien 1944.

A: Ja, es ist richtig, ich sagte das auch. Sowohl die Koenigsberger Rede, als auch die Rede in Wien behandelten nicht unmittelbar die besetzten Gebiete, sondern Europa als ganzes.

F: Hatte es direkt, oder indirekt mit den besetzten Gebieten zu tun? Nun, haben Sie diese Reden gelssen?

A: Ich habe sie gehoert; direkt hat es bestimmt nichts zu tun.

F: Gut, nun im Hinblick auf Ihre Aussage ueber Funk, und was er ueber die Zwangsarbeit gedacht hat. Sie wissen, dass er den Standpunkt vertreten hat, dass es ihm nichts ausmache, es ihm egal sei, ob Leute gezwungen wurden nach Deutschland zu kommen oder nicht, wissen Sie das?

H0343 - 0063

A: Nein.

F: Gut, Sie wissen, er hat in einer Befragung gesagt, dass er sich nicht seinen Kopf darueber zerbrach, obwohl er gewusst hat, dass Leute gegen ihren Willen gezwungen wurden, nach Deutschland zu gehen. Wussten Sie das?

A: Nein, dessen bin ich mir nicht bewusst. Ich habe mit Funk....

F: Nun gut, wenn Sie es wuessten, wuerde es irgendwelchen Unterschied bedeuten und wuerden Sie Ihre Aussage dahingehend abaendern?

A: Ich bin mir dessen nicht bewusst, dass Funk diese Einstellung gehabt haben soll, oder.....

F: Nun gut, vielleicht kann ich Ihnen helfen, wenn ich Ihnen von seinem Verhoer am 22. Oktober 1945 in Nuernberg vorlese. Damals wurde er ueber die folgenden wenigen Fragen befragt und er machte diese Antworten:

"Sie waren bei einer Besprechung der "Zentralen Planung" zugegen" und Funk sagte: "Ich bin den Besprechungen der Zentralen Planung nur dann beigetreten, wenn Sie meinen Sektor oder mein Ressort betrafen, wenn es irgend etwas mit Verbrauchsguetern oder anderen Industrien zu tun hatte, z.B. Eisen und ich musste bei jeder Gelegenheit kaempfen,um ein paar Tausend Tonnen fuer meine Gebrauchsgueterindustrie zu bekommen."

Die naechste Frage war: Frage: "Waehrend dieser Besprechungen hoerten Sie auch etwas ueber die Zwangsarbeit." Funk antwortete: "Jawohl, das hoerte ich".

"Frage: Sie wussten von diesen Besprechungen, dass es die allgemeine Politik war, immer und immer mehr Fremdarbeiter ins Reich zu bringen gegen ihren Willen." Funk antwortete: "Ja natuerlich".

"Frage: Sie haben niemals einen Einspruch dagegen erhoben?"

Funk antwortete: "Nein, warum soll ich Einspruch erheben; es war die Aufgabe eines anderen, diese Fremdarbeiter ins Reich zu bringen."

"Ja glaubten Sie, dass es gerecht war, dass jene Leute gegen ihren Willen von ihrem Heim nach Deutschland verschleppt wurden" und die Antwort darauf ist:

"Viele Sachen passieren waehrend eines Krieges, die nicht genau rechtlich sind, und ich habe mir nie den Kopf darueber zerbrochen.

Nun, wenn Sie wussten, dass das seine Stellung war, die er unter Eid ausgesagt hatte, wuerde das Ihre Ansicht ueber Funk aendern und wuerde es aendern auch Ihre Aussage, die Sie vor dem Gericht auf dem Zeugenstand gemacht haben?

H0343 - 0064

A: Ja, ich kann nur aussagen, was ich selbst weiss und ich kann mich an solche Aeusserungen von Funk nicht erinnern. Ich weiss aber und erinnere mich bestimmt, dass wir oefter ueber die besetzten Gebiete, ueber die spaetere Entwicklung, die europaeische Entwicklung, die sich aus dem Zusammenhang ergeben sollten und konnten, ueber den Arbeitseinsatz auch gesprochen haben, dass Funk grundsaetzlich einen anderen Standpunkt eingenommen hat, als die Wirklichkeit war und er nicht mit diesen Dingen einverstanden war. Ich kann das nur wiederholen und kann infolgedessen, wenn Sie mich als Zeugen hier fragen, nur das sagen, was ich weiss.

F: Sind Sie ueber alle Fragen, bezw. haben Sie sich mit Dr. Sauter vorher ueber alle Fragen beraten, bevor Sie auf dem Zeugenstand erschienen? Sie wussten, ueber was Sie befragt werden wuerden, bevor Sie hierher kommen wuerden?

A: Dr. Sauter hat mir die Gesichtspunkte gesagt, ueber welche Gebiete er mich befragen wolle, fuer welche er sich interessiert.

MR. DODD: Also, ich habe keine weiteren Fragen mehr.

VORSITZENDER: Haben irgendwelche andere Mitglieder der Anklagevertretung Fragen zu stellen im Kreuzverhoer?

Wollen Sie noch einmal Fragen stellen, Dr. Sauter?

DR. SAUTER: Nein.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann sich zurueckziehen.

(Der Zeuge wird aus dem Saal gefuehrt)

DR. SAUTER: Herr Praesident, es stehen jetzt noch einige Fragebogen aus, die zum Teil schon eingetroffen und bei der Uebersetzung sind. Ich moechte bitten, dass ich dann bei spaeterer Gelegenheit, vielleicht im Anschluss an die Angelegenheit Schirach diese Fragebogen noch verlesen darf. Und dann weiter Herr Praesident, moechte ich eine generelle Erklaerung noch abgeben. Ich habe verschiedene Urkunden bereits auszugsweise verlesen und gebeten, sie im ganzen Umfange als Beweismittel anzunehmen. Ich darf fuer alle diese Urkunden diese Erklaerung wiederholen.

Damit ist mein Fall Funk erledigt.

Herr Praesident, darf ich bei dieser Gelegenheit eine andere Bitte an Sie richten, naemlich die, dass fuer die naechsten Tage der Angeklagte Schirach von der Anwesenheit der Sitzungen befreit wird, damit er sich auf seinen Fall vorbereiten kann. In seiner Abwesenheit werde ich seine Interessen wahrnehmen oder, wenn ich nicht da bin, mein Kollege Dr. Nelte. Danke schoen.

H0343 – 0065

VORSITZENDER: Wer vertritt den Angeklagten Schirach?

DR. SAUTER: Ich selbst; ich sagte ja, in meiner Abwesenheit Rechtsanwalt Dr. Nelte. Einer von uns beiden wird immer da sein und seine Interessen gegebenenfalls wahrnehmen.

VORSITZENDER: Ja, sehr gut, Dr. Sauter. Das Gericht wird sich jetzt fuer 10 Minuten vertagen.

(Das Gericht vertagt sich fuer 10 Minuten)

VORSITZENDER: Dr. Sauter, es ist noch ein Schriftstueck da, auf das Sie sich noch bezogen haben. Es ist ein Affidavit von dem Zeugen K a l l u s . Wollen Sie das unter Beweis stellen?
Es ist ein Fragebogen von Heinz Karl K a l l u s .

DR. SAUTER: Ein Fragebogen K a l l u s , Herr Praesident, ist bereits eingetroffen und er befindet sich zur Zeit bei der Uebersetzung. Ich werde ihn vorlegen sobald er der Staatsanwaltschaft zugegangen ist.

VORSITZENDER: Gut. Wir haben schon eine Uebersetzung ins englische.

DR. SAUTER: Was Sie haben, das ist ein Affidavit von K a l l u s und es ist noch ein Fragebogen von K a l l u s gekommen, er befindet sich in der Uebersetzung und ich werde ihn spaeter noch vorlegen.

VORSITZENDER: Es ist dies in Form eines Fragebogens.
Es sind Fragen und Antworten, die ich in meiner Hand habe. Ich frage Sie nur, ob Sie ihn als Beweismittel anbieten.

DR. SAUTER: Ja, ich biete ihn als Beweismittel an, ich bitte davon Kenntnis zu nehmen.

VORSITZENDER: Sehr gut. Dann koennen wir ihm eine Nummer geben, was fuer eine Nummer ist das?

DR. SAUTER: Exhibit Funk Nr. 5, wenn ich bitten darf.

VORSITZENDER: Sehr gut.

DR. SAUTER: Danke sehr.

VORSITZENDER: Nun, Dr. Kranzbuehler?

DR. KRANZBUEHLER (Verteidiger fuer den Angeklagten Doenitz).
Herr Praesident, ich moechte zunaechst um die Erlaubnis bitten, ausser meines Assistenten eine Sekretaerin im Gerichtssaal behalten zu duerfen, zwecks Beschleunigung der Urkundenvorlage.

H0343 – 0066

Mit Erlaubnis des Gerichts werde ich zunaechst eine Reihe von Urkunden vorlegen und dabei benutzen das Urkundenbuch der Anklage und die von mir selbst eingereichten Urkundenbuecher. Diese Urkundenbuecher bestehen aus 4 Baenden. Das Inhaltsverzeichnis befindet sich im Band 1 und 3.

Ich moechte zunaechst aus der 1. Urkunde des Urkundenbuches der Anklage USA Nr. 12 einen Uebersetzungsfehler berichtigen, der von Bedeutung sein kann. Dort steht im deutschen Text unter "1939" "Konter-Admiral, Befehlshaber der Unterseeboote." Das ist im englischen Text uebersetzt mit "Commander-in-Chief". Die richtige Uebersetzung muss lauten: "Flag Officer of U-Boats". Die Frage ist von Bedeutung fuer die Tatsache, dass Admiral Doenitz bis zu seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber der Kriegsmarine im Jahre 1943 nicht Mitglied der Gruppe war, die die Anklage als verbrecherisch bezeichnet. Ich moechte die Aufmerksamkeit des Gerichts jetzt zurueecklenken auf die Urkunde GB 190. Es handelt sich dabei um eine See-Karte, die die Anklage vorlegt. Diese Karte zeigt die Position der deutschen U-Boote westlich Englands am 3. September 1939 und die Anklage benutzt sie als Beweismittel fuer die Frage des Angriffskrieges.

Sie sagt mit Recht, dass diese U-Boote vorher ausgelaufen sein muessen.

Das 1. Dokument, das ich als Doenitz 1 dem Gericht anbiete, soll Beweis dafuer erbringen, erstens, dass es sich um Spannungsmassnahmen handelt, die von jedem Staat.....

H0343 - 0067

Vorsitzender: Einen Augenblick, ja, Herr Dr. Kranzbuehler.

Dr. Kranzbuehler: Ich will mit der Urkunde Doenitz 1 Beweis dafuer erbringen, dass die von der Anklage festgestellt Position der deutschen U-Boote Spannungsmassnahmen sind, die von jedem Staat in Europa um diese Zeit getroffen worden sind und dass die keinesfalls Vorbereitungen eines Angriffskrieges gegen England waren, weil ein solcher Krieg nicht geplant war.

Ich lese aus diesem Dokument, Dokumentenbuch 1. Es ist ein Kriegstagebuch und zwar der Seekriegsleitung vom September 1939 und ich lese die Eintragung vom 15. August "Vorbereitet fuer den Fall Weiss" waren folgende Massnahmen:

Vorsitzender: Welche Seite ?

Dr. Kranzbuehler: Seite 1 des Dokumentenbuches, Band 1.

Vorsitzender: Ja.

Dr. Kranzbuehler: "15. 8. Vorbereitet fuer den "Fall Weiss" waren folgende Massnahmen:

"Ab 15. 8. Spee- und alle Atlantik-Boote auslaufbereit."

"Ab 22. 8. Trosschiff Westerwald auslaufbereit."

Ab 25. 8. Deutschland auslaufbereit."

Es folgendann die Aufstellungen dieser Schiffe.

"21. 8. Meldung "B"-Dienst ueber Spannungsmassnahmen der franzoesischen Flotte.

23. 8. Meldung "B"-Dienst, fortschreitende franzoesische Spannungsmassnahmen der Flotte bis zur 3. Stufe. Englische und franzoesische Sperrmassnahmen vor Haefen.

"25. 8. B-Dienst meldet: Deutsche und italienische Dampfer werden durch Frankreich ueberwacht und gemeldet." Dann kommt die Weisung:

"31. 8. Eingang Weisung I des OKW fuer Kriegsfuehrung: Gewlatsame Loesung im Osten Angriff gegen Polen 1. September, 04.45 Uhr. Im Westen Verantwortung fuer ? Eroeffnung Feindseligkeiten eindeutig England und Frankreich ueberlassen. Neutralitaet Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz peinlich achten. Westgrenze nicht ueberschreiten. Zur See keine kriegerischen oder als solche zu deutenden Handlungen. Luftwaff nur Abwehr. Bei Eroeffnung Feindseligkeiten durch Westmaechte: Nur in Abwehr unter Schonung der Kraefte. Beginn Angriffshandlungen vorbehalten. Heer haelt Westwall. Marine Handelskrieg mit Schwerpunkt gegen England. Zur Verstaerkung der Wirkung ka mit Erklaerung Gefahrenzone gerechnet werden. Die vorbereiten und vorlegen. Ostsee gegen feindlichen Einbruch sichern." Soweit diese Urkunde.

Mit dem naechsten Dokument Doenitz 2 moechte ich zeigen, dass auch die englischen

H0343 - 0068

U-Boote schon vor Kriegsbeginn, und gleich bei Kriegsbeginn in der deutschen Bucht auftraten; es befindet sich auf Seite 2 des Urkundenbuches. Ich brauche doch wohl nur darauf hinzuweisen, dass am 1. September Elektromotorengeraeusche in der deutschen Bucht , Nache von Wangeroog, gehoert werden und dass am 4. September mehrere Meldungen ueber Sichtung englischer U-Boote in der Helgolaender Bucht eingehen. Ich komme jetzt zu dem Dokument, in den Admiral Doenitz die Teilnahme an der Planung des Angriffes auf Norwegen vorgeworfen wird. Es ist das Dokument GB-83, und die Anklage hat es als Beweismittel dafuer vorgelegt, dass Admiral Doenitz eine massgebliche Ursache gewesen sei fuer die Besetzung Norwegens. Ich werde auf dieses Dokument im Zeugenbeweis naeher eingehen. Ich moechte hier nur bestimmte Daten klarstellen.

Auf dem Dokument, ich werde es sofort dem Gericht im Original uebergeben, befindet sich ein Stempel, der den Eingang beim Oberkommando klarlegt. Der Eingangsstempel traegt das Datum vom 11. Oktober 1939, also vom 11. Oktober.

Vorsitzender: Sie sprechen von GB- 83 ?

Dr. Kranzbuehler: Jawohl, GB- 83. Ich weise demgegenueber auf das Dokument GB-81 hin, das auf Seite 6 meines Urkundenbuches abgedruckt ist. Danach hat der massgebliche Vortrag des Gross-Admirals Raeder beim Fuehrer bereits am 10. Oktober 1939 stattgefunden, also einen Tag, bevor das Dokument, GB-83, im Oberkommando ueberhaupt eingegangen war.

Mit meinem naechsten Dokument moechte ich beweisen, dass Erwaegungen ueber Stuetzpunkte fuer den Befehlshaber der U-Boote, Admiral Doenitz, nichts zu tun hatten mit der Frage eines Angriffskrieges. Ich ueberreiche die Urkunde Doenitz 3 und Doenitz 4. Sie sind abgedruckt auf Seite 3 und Seite 5 des Urkundenbuches. Doenitz 3 ist ein Kriegstagebuch des Befehlshabers der U-Boote vom 3. November 1939, und ich lese aus dem 2. Absatz die 10. Zeile von oben:

"Gleichzeitig teilt die Seekriegsleitung mit, dass sich fuer die Einrichtung einer "Basis Nord" Moeglichkeiten ergeben, die anscheinend sehr viel versprechend sind. Ich halte die sofortige Einleitung aller nur moeglichen Schritte, um zu einem klaren Urteil ueber die vorhandenen Moeglichkeiten zu gelangen, fuer aeusserst wichtig." Es folgt dann eine Erwaegung der Vor- und Nachteile einer solchen Basis, die vollkommen gleich aussieht wie die Erwaegung, die im Dokument GB-83, Doenitz 3, angestellt sind. Es handelt sich bei der "Basis Nord", wie sich aus Dokument Doenitz 4 ergibt, um Murmansk, und es ist bekannt, dass diese Erwaegung im voller

H0343 - 0069

Einvernehmen mit der Sowjet-Union stand.

Ich moechte ferner zeigen, dass Erwaegungen ueber Stuetzpunkte in jeder Marine staendig angestellt werden, ohne Beziehung des - - -

VORSITZENDER: Sie gehen etwas zu schnell ueber diese Dokumente hinweg und ich weiss nicht ganz bestimmt, ob es mir klar ist, zu welchem Zweck Sie diese verwenden wollen. Diese Basis, die Sie erwaehnen in diesem Bericht, ist das Murmansk?

DR. KRANZBUEHLER: Jawohl, Murmansk.

Und ich will es verwenden zum Beweis, Herr Vorsitzender, dass solche Erwaegungen und Gedanken ueber Basen nichts zu tun haben mit der Frage, ob man Angriffskrieg in einem Land erwaegen will, wo diese Basen unter Ueberlegung sind. Die Ueberlegungen bezueglich Murmansk wurden gemacht mit voller Zustimmung der Sowjet-Union, und Admiral Doenitz hat die Basen in Norwegen in demselben Lichte gesehen. Das ist die Substanz meines Beweises.

VORSITZENDER: Die Tatsache, dass Murmansk als Stuetzpunkt vorgeschlagen wurde und dass es mit Einvernehmen der Sowjet-Union gemacht wurde - wenn das der Fall waere - hat doch nichts damit zu tun, dass in Norwegen ein Stuetzpunkt ohne Einverstaendnis von Norwegen genommen wurde.

DR. KRANZBUEHLER: Herr Praesident, die Erheblichkeit scheint hier darin zu liegen, dass Admiral Doenitz als Befehlshaber der U-Boote in beiden Faellen nur den Befehl bekam, sich ueber Stuetzpunkte in einem gewissen Lande zu aeussern und dass er genau so wenig, wie im Falle Murmansk, im Falle Narvik oder Drontheim ein Urteil haben konnte.

OBERST SMIRNOV: Das Dokument Nr. 3, worueber von der Verteidigung des Angeklagten Doenitz gesprochen wird, sagt etwas ueber Basen in Norwegen, aber es wird nichts in diesem Dokument gesagt ueber Plaene der Sowjet-Union; und dass bestimmte Plaene der Sowjet-Union besprochen werden sollten, ist nach meiner Meinung unrichtig, weil es keine Plaene gab von der Sowjet-Union ueber die Entwicklung von Basen im Norden.

DR. KRANZBUEHLER: Wenn, Herr Praesident, der Vertreter der Sowjet-Union Zweifel darueber hat, dass diese Stuetzpunkte im vollen Einvernehmen mit der Sowjet-Union vorhanden waren, dann werde ich das durch einen Zeugen beweisen.

VORSITZENDER: Auf jeden Fall, im Dokument steht darueber nichts.

H0343-0070

DR. KRANZBUEHLER: Das Dokument sagt darueber nichts, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Das Gericht ist der Ansicht, dass Sie Behauptungen dieser Art nicht aufstellen koennen, ohne dass Sie Beweis dafuer erbringen. Im Moment sprechen Sie ueber ein Dokument, das keinen Beweis dieser Tatsache erbringt.

DR. KRANZBUEHLER: Ich darf vielleicht das Dokument Doenitz Nr. 4 vorlesen?

VORSITZENDER: Doenitz Nr. 3, nicht wahr?

DR. KRANZBUEHLER: Nein, Doenitz Nr. 4. Aus Doenitz Nr. 3 hatte ich vorgelesen. Ich lese jetzt aus Doenitz Nr. 4, Eintragungen vom 17. November 1939: "Befehlshaber der U-Boote erhaelt von Seekriegsleitung Weisung ueber Erprobung "Basis Nord". Seekriegsleitung haelt die Erprobung der Basis durch das in den naechsten Tagen auslaufende "U-36" fuer dringend erwuenscht. Versorgungsgut fuer Oelschiff "Phoenizia" in Murmansk geht mit Fischdampfer 22. November ab nach Murmansk."

Mir Scheint, dass diese Eintragung ganz klar zeigt, dass dies nur im Einvernehmen mit der Sowjet-Union geschehen ist. Ich moechte weiter zeigen, dass Erwaegungen ueber Stuetzpunkte - - -

H0343-0071

VORSITZENDER: Einen Augenblick. Dr.Kranzbühler, das Gericht ist der Ansicht, dass Sie diese Bemerkungen nicht auf Grund dieser Dokumente machen können, da diese Dokumente keine Beweise für das was sie sagen enthalten. Das Dokument Nr.3 zum Beispiel lässt sich absolut nicht in der von Ihnen vorgenommenen Weise auslegen. Es bezieht sich auf Angriffe, die auf Schiffe gemacht werden sollten, die von russischen Häfen ausgelaufen waren. (Paragraph 2). Und das gleiche gilt auch für das andere Dokument, Dokument 4 auf Seite 5; auch das kann nicht so ausgelegt werden, wie Sie das getan haben.

DR.KRANZBÜHLER: Herr Präsident, ich fürchte, dass der Inhalt der beiden Urkunden von mir zu schnell vorgetragen worden ist. Es ist für denjenigen, der solche Kriegstagebücher kennt, ganz selbst verständlich, was sonst schwierig zu verstehen ist. Das Dokument "Dönitz 2" sagt in den Teil, den ich vorgelesen habe, dass sich Möglichkeiten für die Errichtung einer Basis Nord ergeben. Diese Möglichkeiten können nur politisch sein; denn ich kann in einen fremden Lande doch keine Basis einrichten, wennes nicht einverstanden ist. Das Dokument "Dönitz 4" zeigt, dass es sich bei den in Frage kommenden Hafen um Murmansk handelt und diese Basis mit einem Versorgungsschiff, einem Fischdampfer und einem U-Boot ausprobiert wird; das zeigt meiner Ansicht nach überzeugend,.....

VORSITZENDER: Das Gericht ist der Ansicht, dass Sie gesagt haben, dass die Sowjet-Union einverstanden gewesen sei. Es steht aber derartiges nicht in irgend einem Dokument.

DR.KRANZBÜHLER: Esdreht sich um Dokument "Dönitz 4", woraus es klar ersichtlich ist.

OBERST PROKOWSKY: Ich muss an dieser Stelle hier sagen, dass ich gegen die Auslegung und unbegründeten Behauptungen protestiere und dagegen, dass das Dokument so interpretiert wird, wie es der Verteidiger von Anfang an zu interpretieren versucht. Ich bin kein Querulant und ich bin kein Wahrsager, ich weiss nicht, welche hypothetischen Schlüsse kann aus dem einen oder anderen Dokument gezogen werden. Ich bin ein Jurist und gewohnt,mit gesetzlichen

H0343-0072

Dokumenten zu arbeiten; ich bin gewohnt, mir den Sinn eines Dokumentes so auszulegen, wie es geschrieben ist. Ich glaube, das Tribunal hat recht, wenn es den Verteidiger die absolute Unmöglichkeit erklärt, solche Schlüsse zu ziehen, wie er es zu tun versucht und ich hätte gern, dass der Verteidiger angehalten wird, sich auf die richtige Auslegung der Dokumente zu beschränken.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, ich wäre dankbar dafür, wenn das Gericht über einen allgemeinen Punkt ins Klare kommen würde. Wir haben eine ganze Reihe von Einwendungen gegen zahlreiche Dokumente,die Dr.Kranzbühler unterbreiten will. Ich habe eine kurze Liste zusammenstellen lassen und habe unsere Einwendungen in Gruppen eingeteilt, soweit es ging. Ich werde diese Liste den Gericht und selbstverständlich Dr.Kranzbühler überreichen. Das Gericht wird sich überlegen müssen, ob es sich lohnt, Einsicht in die Liste zu nehmen, bevor sich das Gericht heute abend zurückzieht und auch über gewisse Ansichten, die Dr.Kranzbühler über diese Liste haben kann, entscheidet.

Es ist hilfreich, dass das Gericht seine Entscheidung über einige der Punkte in der Liste trifft, bevor wir morgen wieder zusammentreten, um Zeit zu sparen. Ich glaube, wenn wir uns die Arbeit so einteilen, wäre das unter den gegebenen Umständen wohl das beste.

VORSITZENDER: Sagen Sie, dass wir uns jetzt zur Beratung Ihrer Liste zurückziehen sollen und dann Dr.Kranzbühler darüber hören; ist das Ihr Vorschlag ?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ja.

VORSITZENDER: Ist es das, was Sie vorschlagen ?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ja, ich wollte meine Liste den Gericht unterbreiten und wollte sie auch erklären; dann könnte das Gericht Dr.Kranzbühler darüber anhören und sich zu gegebener Zeit zurückziehen, um die Beratung vorzunehmen.

DR. KRANZBÜHLER: Darf ich mich dazu äussern, Herr Präsident ?

VORSITZENDER: Bitte.

H0343 - 0073

DR.KRANZBÜHLER: Ich bin mit einem solchen Verfahren nicht einverstanden, Herr Präsident. Ich habe vor diesem Tribunal als Verteidiger bisher sehr wenig gesagt; ich bin aber der Ansicht, dass jetzt meine Reihe daran ist und dass man mir konzedieren muss, meine Urkunden in der Reihenfolge vorzutragen, in der ich es vor habe und für meine Verteidigung für richtig halte. Ich bitte das Gericht, sich einmal vorzustellen, wie es gewesen wäre, wenn vor Beginn des Vortrags der Anklage ich vorgetreten wäre und gesagt hätte, ich möchte erst mal von mir aus über die Erheblichkeit der Urkunde der Anklage sprechen. Ich glaube, dieser Vergleich zeigt, dass mir dieses Verfahren nicht zuzumuten ist.

Ich werde mich bemühen, die Erheblichkeit meiner Urkunden, bevor ich sie einreiche, etwas näher zu begründen, als ich das bisher für nötig hielt. Ich bitte das Tribunal aber, es dabei zu belassen, dass jetzt mein Vortrag an der Reihe ist und die Anklagebehörde darauf zu beschränken, ihre Einwendungen vorzubringen, wenn meine Urkunden im einzelnen eingereicht werden sollen.

SIR DAVID MXWELL-FYFE: Der Nachteil dieses Vorschlages ist der, dass wir dann gezwungen sein würden, Dr.Kranzbühler bei jedem zweiten oder dritten Dokument unterbrechen zu müssen, um unsere genauen Einwände über jedes einzelne Dokument zur Kenntnis des Gerichts zu bringen. Das würde viel Zeit kosten. Aus diesem Grunde schlage ich vor, es ist besser, wenn wir unsere Einwände wie üblich gegen Gruppen bringen, anstatt solche einzelnen Einwände zu erheben. Ich überlasse es jedoch selbstverständlich dem Gericht das entscheidet, welches Vorgehen es für das beste hält. Ich denke nicht daran, Dr.Kranzbühler in seiner Beweisführung zu hindern, aber andererseits wird die von ihm vorgeschlagene Methode einzelne Einwände nach sich ziehen und selbstverständlich ist eine Einwendung zwecklos, wenn Dr.Kranzbühler das Dokument schon erklärt hat. Wenn es auch nicht ganz zwecklos ist, verliert es jedenfalls viel seiner Wichtigkeit .

VORSITZENDER: Dr.Kranzbühler, angenommen Sir David Maxwell-Fyfe bringt seine Einwände gegen die Dokumente jetzt, in Gruppen

H0343-0074

oder wie auch er sie bringen will, dann können Sie ihm im einzelnen über jedes Dokument Antwort geben und die Erheblichkeit erklären. Das Gericht wird sich über Ihre Dokumente beraten und wird verfügen, welche zulässig sind und Sie wissen dann, welche Dokumente das Gericht abweist und Sie können dann in jeder Art und Weise über die zugelassenen Dokumente verfügen.

Wir wollen nur verhüten, dass die Anklagebörde jedesmal aufstehen muss, die Apparate auf die Ohren setzen und gegen jeden einzelne Dokument, einzelne Einwände erheben muss, wenn es vorgelegt wird. Das kostet sehr viel Zeit. Ich kann nicht einsehen, wie das für Sie in irgend einer Weise störend sein soll.

DR.KRANZBÜHLER: Herr Präsident, ich habe keine Einwendung, wenn die Anklage ihre Objekte jetzt vorträgt, ich möchte nur vermeiden, dass wir jetzt zu den einzelnen Einwendungen Stellung nehmen wollen. Wenn mir erlaubt ist, Stellung zu nehmen, wenn die einzelnen Urkunden an der Reihe sind, dann habe ich keine Einwände dagegen, dass die Anklagebehörde jetzt ihre Bedenken gegen einzelne Urkunden zur Sprache bringt.

VORSITZENDER: Sir David, das Gericht wünscht, dass Sie jetzt Ihre Einwände gegen diese Dokumente vorbringen; dann wird das Gericht Herrn Dr.Kranzbühler gestatten, seine Diskussion der Dokumente vorzunehmen und auf Ihre Einwände der Zulässigkeit zu antworten, für jedes Dokument wo Sie Einspruch erheben, wenn er zu dem Dokument kommt.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir bitte, meine Papiere zusammenzubringen.

(Kurze Pause)

Herr Vorsitzender, ich fürchte, dass ich die Einwände der Anklagebehörde nur in englischer Sprache habe, ich hoffe jedoch, dass die Herren vom Gericht, die kein Englisch sprechen, wenigstens die Nummern vor Augen haben.

Mein Herr in der ersten Gruppe haben die Dokumente, die der Anklage vorliegen, ihrer Meinung nach keine Beweiskraft. Diese sind D 53. Herr Vorsitzender, das "D" heisst in diesem Falle "Dönitz" -

Dokumenten buch. 53, Seite 99, D 49, Seite 130 und 131, D51 und D 69.

Das erste dieser Dokumente, D 53, ist ein Brief aus einen Kriegsgefangenenlager, der angeblich von 67 U-Boot-Kommandanten unterzeichnet und ganz allgemein gehalten ist. Die Anklagebehörde steht auf den Standpunkt, dass dieses Dokument, weder durch seine Form noch durch seinen Inhalt von irgendwelcher Beweiskraft ist. D 49 auf Seite 130 und Seite 131 ist ebenfalls absolut allgemein gehalten und lässt weder auf die moralische, noch die legale Grundlage der darin ausgedrückten Meinung einen Schluss ziehen.
D 51 und D 69 sind Zeitungsartikel.

VORSITZENDER: Einen Augenblick, Sir David. 130 ? Ich habe keine Seite 131 . Handelt es sich hier um eine eides.-stattliche Versicherung oder das, was eine eidesstattliche Versicherung genannt wird ?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Jawohl, Herr Vorsitzender.

VORSITZENDER: "Aufgrund der Archiven des Flottengerichtes ---" Oh ja, ich denke, dass das in dem Dokumentenbuch etwas durchein - andergekommen ist.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ja, Herr Vorsitzender, es kann so sein.

VORSITZENDER: Ist es eine eidesstattliche Versicherung von irgend jemand ?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Jawohl, Herr Vorsitzender. Herr Vorsitzender, 130 kommt unmittelbar davor.

VORSITZENDER: Ich habe es jetzt, ja. 131 steht irgendwo vor 130.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Das ist es. Es ist ein Affidavit von einem früheren Flottenrichter, und der Herr Vorsitzende können sehen, dass die Beschreibung, die die Anklagebehörde angefügt hat, dass es zu allgemein gehalten ist, durch den Text des Dokumentes gerechtfertigt ist, und es lässt sich schwer erkennen , aus welchem Grund der Verteidiger annimmt, dass diese Erklärung erheblich ist.

D-51, Seite 134, ist ein Auszug aus dem "Völkischen Beobachter"

H0343 – 0075

vom 2o.März 1945. Die Anklagebehörde steht auf dem Standpunkt, dass das Thema, worum es sich handelt, unerheblich ist, soweit die Anklage gegen den Angeklagten Dönitz in Frage kommt. Nummer 69 ist ebenfalls ein Zeitungsartikel, und zwar stammt er aus der gleichen Zeitung vom 14.November 1939. Er enthält eine Liste bewaffneter englischer und französischer erbeuteter Passagier-Schiffe

H0343 - 0076

H0343 – 0077

Nun, meine Herrren, die 2. Gruppe, die wir zusammengestellt haben, sind die unerheblichen Dokumente D-5, D-9, D-1o, D-12, D-13, D-29, D-48, D-6o. D-74.

Das erste davon, D-5, das sich auf Norwegen bezieht, soll mittels einer Randbemerkung eine Zusammenfassung der Dokumente bringen, mit denen sich das Gericht schon befasst hat und in Verbindung mit den Dokumenten im Falle Räder, bezüglich derer das Gericht schon seine Zweifel zum Ausdruck gebracht hat, obwohl es trotzdem die Übersetzung der Dokumente zugelassen hat. Das Gericht wird noch wissen, dass man im Falle der Dönitz-Dokumente sie übersetzen liess, ohne sich vorher darüber zu unterhalten.

Das gleiche Argument gilt auch für eine Randbemerkung von dem Angeklagten Ribbentrop, das ist eine Liste der Dokumente, die in deutschen Besitz kamen, lange nachdem Ribbentrop seine Rede gehalten hat. Die Anklage findet, dieses Dokument ist unerheblich.

Die Dokumente 9, 1o, 12, und 13 befassen sich mit der Rettung alliierten Personals, zwischen den Jahren 1939 und 1941 einschliesslich.

VORSITZENDER: Oh, ja.

SIR DAVID MAXWELL-Fyfe: Diese letzte Erklärung und alle anderen sind anscheinend nicht unter Eidesstatt abgegeben worden. D-13 ist auch ohne Eidesstatt abgegeben worden.

Mit Bezug hierauf, so liegen die Dinge so, dass, während es schon richtig ist, dass ein Befehl zur Nichtrettung von dem Angeklagten Dönitz vor dem 27. Mai 1940 erlassen worden ist, die richtige Zeitspanne jedoch ungefähr um den 17. September 1942 ist. Die Anklagebehörde findet es unnötig, diese Einzelheiten hier zu besprechen, soweit die frühere Zeitspanne in Frage kommt. Es besteht gar keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass Rettungen stattgefunden haben. Die Anklagebehörde wirft dem Angeklagten nur vor, dass er einen Befehl erlassen hat, welche die Anklagebehörde vorlegte, keine Rettungen vorzunehmen, falls keine Gefahr für die Retter entstehen konnte.

VORSITZENDER: Welches war das Datum, das sie uns gaben? War

das November 1942?

H0343-0078

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Meine Herren. Nein, der Nicht-Rettungsbefehl wurde vor dem 27. Mai 1940 erlassen; das genaue Datum können wir nicht angeben. Wir haben nur aus einem anderen Befehl entnommen, dass es vor dem 27. Mai 1940 gewesen sein muss. Der Befehl bezüglich der Vernichtung der Mannschaften von Handelsschiffen stammt vom 17. September 1942.

Das Dokument Nr. 29 enthält 4 Dokumente, die sich mit dem Beweismaterial des Zeugen Heisig befassen. Das 1. ist angeblich ein Affidavit von einem Zeugen, der über die Erklärungen oder Bemerkungen, die Dönitz gewöhnlich zu machen hatte, spricht. Er kann sich nicht mehr genau entsinnen, was an dem bestimmten Tag gesagt wurde, an dem Tag, den der Zeuge Heisig erwähnt hat, und es enthält eine grosse Menge von Argumenten.

Das 2. Dokument ist ein Brief an den Verteidiger des Angeklagten Dönitz und mit Ausnahme eines Satzes, wird abgeleugnet, dass der Angeklagte so gesprochen hätte, wie Heisig behauptet hatte.

Der Rest dieser Erklärung, die übrigens nicht unter Eidesstatt abgegeben worden ist, ist unerheblich.

Die übrigen 2 Dokumente, die beide nicht beeidigt sind, enthalten Vorwürfe gegen den Charakter des Zeugen Heisig. Das Gericht wird sich erinnern können, dass er damals nicht ins Kreuzverhör genommen wurde, und dass nichts gegen ihn gesagt wurde.

Das 2. Dokument bezieht sich auf andere Verträge, die hier nicht in Frage kommen.

Nun, Herr Vorsitzender, das nächste Dokument, D-48, befasst sich mit der angeblichen guten Behandlung alliierter Gefangener in deutschen Flotten-Kriegsgefangenenlagern. Über diesem Punkt ist diesem Angeklagten kein Vorwurf gemacht worden.

Dokument 6o, Seite 2o9, befasst sich mit italienischen und französischen erklärten Gefahrenzonen, die, wie die Anklage behauptet, keine Erheblichkeit haben mit Bezug auf die, die von den Deutschen erklärt worden waren.

D-74 und D-6o, Seite 256, befassen sich mit dem Verhältnis zwischen der britischen und französischen Handelsmarine und ihren

H0343 - 0079

einschlägigen Flotten, und die Anklage stellt sich auf den Standpunkt, dass sie unerheblich sind und dass, soweit die englische Marine in Frage kommt, und sie mit Bezug auf D-67 cumulativ sind.

Die 3. Gruppe sind Einzelheiten über das Kontrollsystem. Diese sind D-6o, Seite 173 bis 198, D-72, D-6o, Seite 2o4 und 2o5, und Seite 219 bis 225.

Diese Dokumente befassen sich mit den Einzelheiten der Contrabandkontrolle, welche Artikel contraband waren, die Erklärungen der verschiedenen Regierungen usw. Wir erklären, dass die Einzelheiten über die Contraband-Kontrolle mit den hier vorliegenden Punkten nichts zu tun haben und absolut unerheblich sind.

Ich glaube kaum, dass in der Beweisführung gegen beide Marine-Angeklagten die Frage der Contraband erwähnt worden ist, sicherlich nicht mit Bezug auf den Angeklagten Dönitz. Die Anklagebehörde hat sich selten mit Punkten befasst, die hier für den Prozess nicht in Frage stehen.

Die 4. Gruppe, die wir im Allgemeinen als Vorwürfe gegen die Alliierten bezeichnen können; der Haupteinspruch, den wir im 1. Paragrafen zu erheben haben, ist der, diese Dokumente enthalten verschiedene Vorwürfe gegen die Alliierten. Diese haben wenig oder gar keine Erheblichkeit zu den vorliegenden Fragen und, falls sie zugelassen werden, würde die Anklagebehörde gezwungen sein, darauf zu erwidern; in welchem Falle sehr viel neues Gegenbeweismaterial vorgelegt werden müsste.

Die anderen Affidavits befassen sich mit den Vorwürfen, dass die Alliierten Überlebende nicht gerettet hätten; 367, Seite 96 und 9o.

31 und 32 befassen sich mit alliierten Angriffen auf deutsche Luft= und See-Rettungsflugzeuge; 33 macht einem Sowjet-Unterseeboot den Vorwurf, ein Lazarettschiff versenkt zu haben.

Drei Nummern, 37, 38 und 4o; das letzte ist ein Zeitungsartikel, behaupten, dass die Alliierten Überlebende erschossen hätten.

Die Frage der Alliierten-Behandlung von Überlebenden ist gründ-

H0343 - 0080

lich in Auszügen aus dem Deutschen Flottentagebuch behandelt worden, und wir haben keinen Einspruch dagegen zu erheben, aber es handelt sich darum, wieweit das deutsche Flottenkommando beeinflusst wurde. Ich glaube, dass Herr Dr. Kranzbühler diese Dokumente vorlegen sollte, und das Gericht sollte sich damit befassen. Ein weiteres Dokument befasst sich mit der gleichen Frage, und ich will es zulassen.

Dann, die übrigen Dokumente behaupten angebliche unbarmherzige Brüche des internationalen Rechts durch die Alliierten. Die Dokumentennunnern sind Nr. 19, Seite 24, das Beweisstück Görings; Nr 7 und C-21, Seite 91; Nr. 47, Seite 12o-121, auch ein Zeitungsbericht; Nr. 52 und 6o, auf Seiten 152 und 2o8; D-75, 81, 82, 85 und 89.

So wie ich die Verteidigung verstehe, mit Bezug auf den Befehl, der die Vernichtung von Überlebenden vorschreibt, so wird hier dargelegt, dass es sich nicht um eine Vergeltungsmassnahme handelte, sondern die Verteidigung behauptet, dass der Befehl nicht die Vernichtung, sondern nur die Nichterrettung besagen wollte. Unter diesen Umständen scheint schwierig, ja unmöglich, eine Erheblichkeit dieser Dinge feststellbar zu sein. Ähnlich verhält es sich mit dem Befehl zur Erschiessung von Kommandeuren. Die angebliche Berechtigung zu diesen Befehl ist im Befehl selbst enthalten. Ich habe nicht einen Angeklagten vor diesem Gerichtshof gehört, der eine Berechtigung dieses Befehls bei seiner Aussage entwickelt hätte. Die Angeklagten haben bisher gesagt, dass dieser Befehl von Hitler gegeben wurde und ob sie ihm zustimmten oder nicht, sie mussten ihn ausführen.

Meiner Ansicht nach, handelt es sich nicht einmal um das Argument, dass Verletzungen des Rechts und der Kriegsgebräuche bei gewissen Anlässen als Vergeltungsmassnahme vorgenommen werden dürfen. Es ist dies von diesem Standpunkt aus hier nicht vorgebracht worden. So wie ich die Verteidigung verstehe, wurde kein Versuch unternommen, Rechtsbrüche aufzuzeichnen, auf die mit einer Vergeltungsmassnahme geantwortet wurde. Die Anklagebehörde

H0343 - 0081

behauptet deshalb, dass diese Dokumente auch unerheblich sind.

Ich habe wiederum versucht so kurz wie möglich zu sein, um nicht zu viel Zeit in Anspruch zu nehmen. Doch habe ich versucht,

H0343-0082

dieselben richtig zu stellen und die Dokumente zu beschreiben,die von groesster Wichtigkeit erscheinen.

VORSITZENDER : Sir David ?

SIR D'VID MAXWELL-FYFE : Bitte.

VORSITZENDER : Der Gerichtshof moechte wissen warum ueber die Zulaessigkeit dieser Dokumente nicht vorher gesprochen wurde. In den anderen Faellen, mit denen wir uns beschaeftigt haben, haben wir zuerst Ihre Kritik und Ihre Einreden gehoert und sodann den Verteidigungsanwalt mit seiner Antwort. Sodann hat der Gerichtshof seine Entscheidung getroffen.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE : Herr Vorsitzender. Meines Erachtens ist die Sachlage die, dass wir Einreden gegen die Dokumente erhoben haben und dass Dr. Kranzbuehler vorgeschlagen hat, dass er es vorziehen wuerde, wenn die Dokumente zuerst uebersetzt und die Einreden spaeter vorgenommen wuerden. Ich war sicherlich benachrichtigt worden, dass der Gerichtshof dem zugestimmt und den Befehl erteilt hat, dass die Dokumente uebersetzt werden sollten.

VORSITZENDER: Das mag richtig sein und zwar zum Zwecke der Uebersetzung. Das bedeutet jedoch noch nicht, dass sie zugelassen werden. In den anderen Faellen haben wir, wie Sie sich erinnern werden, Ausfuehrungen in oeffentlicher Sitzung gehoert, mit welchen Sie oder ein anderes Mitglied der Anklagebehoerde Jhre Einreden geltend gemacht haben. Sodann hat der Verteidigungsanwalt ueber diese Einreden geantwortet.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE : Herr Vorsitzender, Herr Dr. Kranzbuehler hat mir soeben folgende Note ueberreicht. Die Entscheidung des Gerichtes ist "Der Gerichtshof hat entschieden, dass die Dokumente, die in Ihrem Antrag erwaehnt sind, uebersetzt werden koennen, dass jedoch die Frage ihrer Zulaessigkeit spaeter entschieden wird".

Herr Vorsitzender, ich bedauere, dass mir hier ein Fehler unterlaufen ist. Offen gestanden, es ist mir nicht in den Sinn gekommen, dass ich vor Beginn des Falles Doenitz diese

H0343 - 0083

Ausfuehrungen haette machen sollen. Ich bedauere das und muss die Verantwortung hierfuer tragen. Ich habe ohne jede Begruendung angenommen, dass diese Entscheidung bedeutet, dass eine Aussprache ueber die Zulaessigkeit zu Beginn des Falles Doenitz stattfinden wuerde, oder zu einem sonstigen passenden Zeitpunkt. Herr Vorsitzender, ich bedauere das sehr.

Herr Vorsitzender, es gibt eine Entschluldigung hierfuer: Wir hatten drei der Dokumentenbuecher am Samstag und erhielten das letzte erst gestern. Tatsaechlich haetten wir dies nicht vor heute tun koennen, sogar, wenn ich daran gedacht haette.

VORSITZENDER : Herr Dr. Kranzbuehler. Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass angesichts der grossen Anzahl der Dokumente, gegen die die Anklagebehoerde Einreden erhebt, es sehr unbequem waere, wenn Sie die Ausfuehrungen von Sir David Maxwell-Fyfe erst dann beantworten, wenn Sie ihre Dokumente durchgehen. Sie muessen deshalb jetzt antworten, und sich in der Weise damit beschaeftigen, wie die anderen Angeklagtem mit den Einreden der Zulaessigkeit von Dokumenten sich beschaeftigt haben. Sodann wird der Gerichtshof in der Lage sein die Ausfuehrungen zu erwaegen, die Sir David Maxwell-Fyfe vorgebracht hat und die Ausfuehrungen, die Sie vorbringen werden, zur Unterstuetzung der Dokumente.

DR. KRANZBUEHLER : Herr Praesident, ich moechte darauf hinweisen, dass gerade wegen der grossen Anzahl der Einwendungen, die die Anklage gegen die Dokumente vorbringt, ich praktisch dann doch meinen ganzen Urkundenbeweis vortragen muss, denn der Gedankengang eines Urkundenbeweises ist ja eine feste Reihenfolge und ich kann nicht ein Dokument herausziehen, ohne dass ich diesen Gedankengang stoere. Ich glaube also, dass erhebliche Zeit ersparen wuerde, wenn mir das Tribunal gestattete, auf die Einwendungen einzugehen, wenn die Urkunde an der Reihe ist.

VORSITZENDER : Das macht doch keinen Unterschied, wenn wir annehmen, dass die Entscheidung des Gerichtshofes die gleiche ist, ob Sie jetzt die Angelegenheit besprechen oder nachher. Die

H0343-0084

Dokumente, die als zulaessig angesehen werden, bleiben dieselben. Es besteht deshalb doch keine Unterschied. Ich sehe also keinerlei Vorteile, in dem was Sie vorschlagen.

DR. KRANZBUEHLER : Herr Praesident. Mein Urkundenbeweis ist genau wie der Urkundenbeweis der Anklage aufgebaut zu bestimmten Zwecken und nach einer bestimmten Idee. Wenn jetzt von den 50 Urkunden, die in diesen Dokumentenbuechern enthalten sind, ueber 40 diskutiert werden, dann fehlen 10. Es scheint mir deshalb richtig zu sein, dass ich ueber alle 50 diskutiere und zwar in der Reihenfolge, in der ich vorschlage, sie dem Tribunal vorzulegen. Wenn das Tribunal der Ansicht ist, dass die Begruendung nicht ausreicht, die ich fuer die Erheblichkeit der einzelnen Urkunden vorbringe, dann darf diese zurueckgezogen werden oder abgelehnt werden. Mir scheint es aber zweckmaessig zu sein, dass ich in der Reihenfolge meine Argumente vorbringe, in der ich sie vorgenommen habe und nicht in der Reihenfolge, in der die Anklagebehoerde jetzt die Einwendungen vorbringt. Das stoert doch vollkommen meine Gedankengaenge und ich bin als Verteidiger, meines Erachtens da, meine Gedankengaenge vorzutragen und nicht auf den Gedankengang der Anklagebehoerde und deren Einwendungen zu erwiedern.

VORSITZENDER : Gut. Wenn dem so ist, so koennen Sie Ihre Argumente ueber die Erheblichkeit der Dokumente in der Ordnung vortragen, in welcher sie erscheinen.

DR. KRANZBUEHLER : Ja.

VORSITZENDER : Aber Sie muessen es jetzt tun.

DR. KRANZBUEHLER : Ja Herr Praesident.

VORSITZENDER : Sie koennen mit D-5, dem ersten Dokument beginnen und dann uebergehen auf D-9 und D-10, in der Reihefolge, in der sie aufgefuehrt sind.

Herr Dr. Kranzbuehler, der Gerichtshof sieht keinen Grund, warum Sie anders behandelt werden sollen, als die anderen Angeklagten. Es ist deshalb der Ansicht, dass Sie gewillt sein sollten, sich mit diesen Dokumenten in der Weise zu beschaeftigen, in welcher sie hier gruppiert sind. Es wuerde vorziehen, dass Sie

H0343 - 0085

mit denselben jetzt sich beschaeftigen, wenn Sie sich in einer verhaeltnismaessig kurzen Zeit damit beschaeftigen koennen. Sodann wird es imstande sein, waehrend der Pause zu bestimmen, welche Dokumente zugelassen werden sollen. Andernfalls muss es morgen eine Pause eintreten lassen, um sich ueber diese Angelegenheit zu beraten, was den Prozess aufhaelt.

DR. KRANZBUEHLER : Herr Praesident. Ich kann selbstverstaendlich zu den Gruppen, die die Anklagebehoerde eben gebildet hat, allgemeine Bemerkungen machen, aber ich kann nicht mit der Ausfuehrlichkeit auf die einzelnen Dokumente eingehen, die erforderlich ist, um ihre Erheblichkeit hieb- und stichfest zu begruenden. Das ist mir unmoeglich, unmittelbar, nachdem ich eine grosse Aufstellung erhalten habe, die ich vorher noch nicht gesehen habe. Ich moechte deshalb bitten, wenn ich jedes einzelne Dokument jetzt hier begruenden soll, dass ich dann Gelegenheit habe, das Morgen fruehe zu tun. Wenn das Tribunal dagegen nur allgemeine Bemerkungen zu den Gruppen hoeren will, so kann ich das sofort machen.

VORSITZENDER : Gut, Herr Dr. Kranzbuehler. Der Gerichtshof vertagt sich jetzt und wird Sie ueber diese Dokumente um 9.30 Uhr Morgen frueh verhoeren.

DR. KRANZBUEHLER : In oeffentlicher Sitzung, Herr Praesident ?

Vorsitzender ; Gewiss, ja.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 8. Mai 1946, 10.00 Uhr vertagt.)